

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Nr. 277.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 21. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Einzelte 20 Pf. die hochgehaltene Zeile oder seinen Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Mai und Juni werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mark 61 Pf., sowie von sämtlichen Distributeuren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Die amtliche Geschäftssprache.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates wurde nach der ersten Berathung im Abgeordnetenhaus — am 7. März — an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. In diese Kommission wählte das Haus 5 deutsche Abgeordnete aus unserer Provinz (die Kreisrichter Nolte in Wollstein und Plath in Bromberg, Kreisgerichtsdirektor Beifert in Kosten und die Rittergutsbesitzer von Hassfeld und Witt) und 4 Polen: Nittergutsbesitzer v. Lyskowksi, Partikular Kantak, Rentner Magdziński und Referendar a. D. v. Bierzbicki, von denen die drei letzten ebenfalls unserer Provinz angehören. Mehr als der dritte Theil der Kommission besteht also aus Insassen unserer Provinz, und die polnischen Herren werden sich deshalb über mangelsame Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse in dieser Kommission nicht beklagen können.

Die Kommission hat die ihr aufgegebene Vorberathung des Gesetzentwurfs in acht Sitzungen unter dem Vorsitz des Appellationsgerichtsraths Loewenstein (Frankfurt a. O.) bewirkt und darüber durch den Abgeordneten Beifert einen schriftlichen Bericht erstatten lassen, welcher uns soeben zugegangen ist.

Dieser gedruckte Bericht umfasst 32 große Quartseiten und gibt zunächst ein Bild der Generaldebatte, sodann die Darstellung der Streitfragen bei jedem einzelnen Paragraphen. Da wir über die Ergebnisse der kommissarischen Verhandlungen bereits berichtet haben, so wird unseren Lesern gewiß vor Atem daran liegen, im Einzelnen die Gründe für und wider zu erfahren. Wir schicken voraus, daß in den Sitzungen das Justizministerium durch den Geh. Justizrat Delßläger, das Ministerium des Innern durch den Geh. Regierungsrath Herrfurth vertreten war.

Die polnische Opposition und deren Widerlegung nehmen in dem Bericht einen großen, vielleicht den größten Theil ein. Schon aus der Einleitung tritt uns der polnische Widerspruch entgegen. Es heißt dort:

Dem Grundgedanken des Gesetzes, daß der preußische Staat, von dessen Einwohnern ungefähr 88 Prozent der deutschen Nationalität angehören, 12 Prozent aber Nichtdeutsche sind, die deutsche Sprache zur StaatsSprache erklären müsse und die andern Sprachen unmöglich als gleichberechtigte StaatsSprachen anerkennen könne, wurde von Seiten einiger Kommissions-Mitglieder widersprochen. Von letzterer Seite wurde das Prinzip, welches für ein Gesetz über die Geschäftssprache maßgebend sein müßte, dahin formuliert:

Allen nicht deutschen Bevölkerungen des preußischen Staates steht das Recht des Gebrauchs ihrer Muttersprache im Verkehr und bei Verhandlungen mit den Behörden und Beamten zu.

Also jeder Pole, Kassube, Masure, Wende, Wallone und Däne — auch wenn er Deutsch versteht und in rein deutschen Orten lebt, wo es zur Zeit noch keine Beamten gibt, welche das Polnische, Kasubische, Masurenische, Wendische, Wallonische oder Dänische verstehen, soll das Recht haben, mit den Behörden in seiner Muttersprache zu verkehren. Einen solchen Grundsatz können nur Politiker aufstellen, welche von Arbeit, Zeitaufwand und amtlichen Dienst keine klaren Vorstellungen haben, und welche ihren nationalen Ansprüchen alle Staatsinteressen unterordnen.

Man — sagt der Bericht, d. h. also hier die polnische Opposition — nahm das Recht auf die nationale Sprache, welche das eigentliche Gut jeder Nation sei, als ein Grundrecht in Anspruch, und bezeichnete es als die Pflicht des Staates, die Kultur jeder in seinen Grenzen einheimischen Sprache nicht nur frei gewähren zu lassen, sondern sie auch wohlwollend zu fördern.

Diese Forderungen werden unseren Lesern etwas weitgehend erscheinen, sie werden der Ansicht sein, daß der Staat nur das zu fordern habe, was seinen Interessen, d. h. dem Wohle der Gesamtheit entspricht; wir glauben aber, daß in dem obigen Ausspruch die Pflichten des Staates (welcher anständiger Weise nur Pflichten haben sollte), noch nicht konsequent genug ausgeprochen sind. Denn wenn der Staat verspricht, die Kultursprache der Kassuben und Masuren zu einer Literatursprache auszubilden, warum sollte er nicht auch verpflichtet sein, das Plattdeutsche in den Schulen zu pflegen und dafür Lehrstühle an den Universitäten zu errichten? Es sollte daher nicht nur der Grundsatz gelten, daß auch im amtlichen Verkehr jeder sprechen darf, „wie ihm der Schnabel gewachsen ist“, sondern der Staat müßte auch als seine Pflicht erkennen, jede Spracheigentümlichkeit zu fördern!

In diese Lehre schließen sich folgende moralisch-philosophisch-politische Sätze: „Auch der mächtigste Despot sei nicht im Stande, die Sprache einer Nation zu verändern, die Gesetzgebung solle daher keinen auf dieses Ziel gerichteten Schritt thun, zumal ein solcher nur entweder politische Heuchelei oder aber die Gegenwehr der betroffenen Volkskreise hervorrufen könnte.“

In diesen Worten mag ein sehr tiefer Sinn liegen, aber wir müß-

sen gestehen, daß wir ihn nicht verstanden haben. Nur die Drohung in den letzten Worten mit der „Gegenwehr der betroffenen Volkskreise“ ist uns ziemlich verständlich. Wir glauben, wenn „der mächtigste Despot“ einmal das linguistische Kunststück versuchen sollte, die Sprache einer Nation zu „verändern“, so würde dies nicht „politische Heuchelei“ oder die „Gegenwehr“, sondern nur das Gelächter der Welt hervorufen. Auf dieses Ziel ist auch der vorliegende Gesetzentwurf nicht gerichtet, er will keine Sprache „verändern“, sondern verlangt nur, daß wer in die Lage kommt, mit deutschen Behörden in Verkehr zu treten, sich der deutschen Sprache, vorausgesetzt, daß er derselben mächtig ist, bediene. Und dies scheint uns nicht nur dem Staatsinteresse, sondern auch der allgemeinen Gerechtigkeit mehr zu entsprechen, als die Forderung, daß alle oder fast alle Beamten alle Sprachen lernen sollen, die in Preußen gesprochen werden, was doch die konsequente Folge des Grundsatzes wäre, daß jeder Nichtdeutsche in Preußen berechtigt sei, im Verkehr mit den Behörden und Beamten seine Muttersprache zu gebrauchen.

Bur parlamentarischen Lage.

Am nächsten Montag, an welchem das Abgeordnetenhaus wieder zusammentritt, beginnt der zweite und nach seinen Aufgaben wichtigste Theil der Landtagssession. Die halbamtl. „Prov.-Corresp.“ bringt anlässlich dessen einen Artikel, welcher die Notwendigkeit der möglichst vollständigen Erledigung des umfangreichen Pensums betont. Wir entnehmen demselben Folgendes:

Die am 16. Januar eröffnete Session hatte von vornherein durch die gleichzeitige Fortdauer der Reichstagssession eine erhebliche Verzögerung erfahren, da bis zum Schlusse des Reichstages (am 10. Februar) die Arbeiten des Landtages nothgedrungen einer Weise ruhen mußten. Zwar wurde die Vorbereitung des alsbald vorgelegten Staatshaushalts-Etats seitens der dazu ernannten Gruppen von Abgeordneten inzwischen soweit gefördert, daß man hoffen durfte, die Berathung im Hause selbst im Februar ohne erheblichen Aufenthalt zum Abschluße bringen zu können; diese Absicht der großen Mehrheit des Hauses wurde jedoch durch das Verhalten der ultramontanen Partei vereitelt, und während der größere Theil des Monats März durch die öffentliche Berathung des Budgets in anstrengenden Sitzungen in Anspruch genommen wurde, fanden sich dadurch zugleich die zahlreichen Kommissionen, welchen die Berathung der verschiedenen wichtigen Gesetzentwürfe übertragen war, in der Förderung ihrer Aufgaben wesentlich behindert. Alle Berechnungen der parlamentarischen Vorstände und Parteiführer, nach welchen wenigstens einige der größeren Vorlagen noch im Oktober vor eingehender Berathung im Abgeordnetenhaus und sodann an das Herrenhaus gelangen sollten, sind an den erwähnten Umständen gecheitert.

So steht denn der Landtag nach Ablauf von drei Monaten noch vor der entscheidenden Berathung in Bezug auf alle wichtigen gesetzgeberischen Arbeiten: ein Theil derselben ist allerdings nach gründlicher Vorberathung in den Kommissionen bereits zur Berichterstattung gereift und wird nunmehr unverweilt in öffentlicher Verhandlung zur Beschlussoffnung des Hauses gelangen, — ein ander Theil, darunter die Vorlagen behufs Fortführung der inneren Reform, wird dagegen selbst in den Kommissionen noch erhebliche Vorarbeit erfordern. Im Vordergrunde der nächsten parlamentarischen Arbeiten steht aber eine Frage von der höchsten Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Volkes, deren erste grundlegende Berathung zunächst die volle Hingabe der preußischen Landesvertretung in Anspruch nehmen muß.

So groß hiernach die Anforderungen sind, welche im zweiten Theile der Session noch zu erfüllen bleiben, so werden sich doch die beiden Häuser in dem Wunsche und Streben mit der Regierung vereinigen, die manigfachen wichtigen Arbeiten, soweit irgend möglich zum Abschluße zu bringen. Unter den größeren Vorlagen ist nicht eine einzige, welche nicht entweder für sich allein oder im Zusammenhang der Fortentwicklung der gesammten inneren Gesetzgebung einem als dringend anerkannten Bedürfnisse entspräche, und deren diesmalige Zurückstellung nicht von bedauerlicher Rückwirkung auf die Erledigung weiterer Aufgaben sein würde.

Es kommt aber ein weiteres wichtiges und drängendes Moment für den möglichen Abschluß der zur Zeit bereits vorbereiteten Aufgaben hinzu: es ist nämlich nicht zu verkennen, daß die parlam. amtsärzliche Vereinbarung umfassender Gesetze im preußischen Landtage bei der künftigen Gestaltung der Sessionen und besonders im nächsten Jahre noch mit weit größerer Schwierigkeit als bisher verknüpft sein wird. Wenn in Gemäßheit der bereits gefassten Beschlüsse die drei ersten Monate des Jahres künftig für den Reichstag vorbehalten werden müssen, so wird für den preußischen Landtag, sei es im Frühjahr, sei es im Herbst, niemals ein zusammenhängender Zeitraum von mehr als drei Monaten frei sein, und es wird voraussichtlich erst neuer Vorsorge in der Geschäftsordnung bedürfen, um für die Vereinbarung großer Gesetze zwischen den beiden Häusern überhaupt einen sicherer Boden zu gewinnen. Die nächste Landtagssession aber wird von vornherein dadurch noch mehr beeinträchtigt sein, daß der bevorstehende Herbst zum großen Theile für die Berathung der Justizgesetze im Reichstage in Anspruch genommen werden muß.

Eine Zurückstellung der dem Landtage jetzt vorliegenden und in den Kommissionen bereits vorberathenen Gesetzentwürfe würde unter diesen Verhältnissen mit den größten Nachtheilen für die weitere Durchführung der parlamentarischen Aufgaben der nächsten Zeit verknüpft sein.

In einem zweiten Artikel „Bur orthographischen Frage“ (in der „Besonderen Beilage“ Nr. 18) schickt der „Reichs-Angeiger“, ehe er die Stimmen der Presse und Fachliteratur, die Gutachten der öffentlichen Meinung über die orthographische Reformfrage, insbesondere über die seit einigen Wochen gedruckt vorliegenden Verhandlungen und Ergebnisse der orthographischen Konferenz in orientirenden Zusammenstellungen zur Kenntnis bringt, einige allgemeine Bemerkungen zur Einleitung voraus. Diese Bemerkungen behandeln die große Verschiedenheit der Auffassungen, die vielen Mißverständnisse, durch welche eine Einigung auf dem Felde der Rechtschreibung erschwert wird, und kennzeichnen alsdann in klarer und durchweg sachentsprechender Weise die gegenwärtige Stellung der Parteien sowie die Lage des Kampfes. Es heißt hier:

Den Standpunkt unseres Berichtes bilden die Vorschläge der orthographischen Konferenz. Wenn wir in die Lage kommen sollten, mehr von gegnerischen als von bestimmenden Kundgebungen zu referieren, so würde doch der Leser, um das volle Bild der Sachlage zu gewinnen, nicht unterlassen dürfen, zu den laut vermerkten Stimmen die schweigend billigenden hinzudenken. Es ist ganz natürlich, daß die Zustimmende sich weniger zu einer öffentlichen Meinungsäußerung aufgefordert fühlt. Der Standpunkt der Konferenz selbst würde als ein gemäßigt phonetischer zu charakterisiren sein. Phonetisch, sofern ihr als Aufgabe der Buchstabenchrift die graphische phonetisch, sofern erstlich eine völlig exakte, allen Abstufungen und Schattierungen des gesprochenen Lautes gerecht werdende Bezeichnung mit den in dem überkommenen Alphabete gegebenen Bezeichnungsmiteln nicht erreichbar ist; — gemäßigt ferner durch Anerkennung in unsrer Schrift neben ihrem phonetischen Grundcharakter zur Geltung gekommenen Gebrauchs, die grammatische Zusammengehörigkeit der Wörter auch in ihrem Lautbilde wiederzugeben; — gemäßigt endlich durch Festhaltung gewisser eingewurzelter Mängel und Mißstände des orthographischen Usus, sowie überhaupt durch Enthalten von jeder rigorosen Systematik der Reform und Anwendung derjenigen Schonung des Bestehenden, welche die Voraussetzung einer lebensfähigen Weiterbildung ist. Prinzipiellen Widerspruch kann ein solcher Standpunkt nur von drei Seiten her finden: von der historisch-ethnologischen, der konventionellen, der radikal-phonetischen. Die unterscheiden sich vielfach differierenden Anhänger der erstgenannten Parteipropste, welche über einige namhafte Kräfte verfügt und literarisch thätig ist, erkennen in der Orthographie nicht sowohl eine praktische und darum gelehrtene Beziehungen nach Möglichkeit zu enthebende Einrichtung, als vielmehr gerade eine sprachlich gelehrt Anlegenhheit, das ehrwürdige Bild vergangener Lautzustände, eine Schule sprachgeschichtlicher Erkenntniß, ein Arrangementsmittel sinniger Betrachtungen über das jüngste Walten des Sprachgeistes — aber die Majorität der Schreibenden und Lesenden kennt nicht und kann die historisch-wissenschaftliche Sprachwelt nicht kennen; sie geht darüber der wichtigen Einsicht in die gegenwärtige Sprache, welche nur eine phonetische Schrift an die Hand gibt, und der neuverklärten Sicherheit in Handhabung der Orthographie in beklagenswerther Weise verlustig. Die zweite als konventionell bezeichnete Gruppe hält es mit dem bestehenden, aber auch anfechtbaren Usus; sie leugnet gewisser Maßen das Vorhandensein eines orthographischen Reformbedürfnisses und findet ihren stärksten Rückhalt in der Zustimmung aller derer, welche ihre orthographischen Studien nicht umsonst gemacht haben wollen und allen Bereinigungsversuchen mit fühlbar ironischer Ablehnung begegnen. Dass bei einer solchen Reform ein hochwichtiges volkspädagogisches Interesse obwaltet, in so fern eine Orthographie von der Bedeutung der gegenwärtig herrschenden in der Volksschule, in den unteren Volksschulen unmöglich sicher angeeignet werden kann und als die Zahl der Ungebildeten vermehrt, dieser Erwägung sind die gebildeten Gegner orthographischer Vervollkommenungen schwer zugänglich. Die dritte ultraphonetische Partei ist in Deutschland kaum vertreten und jedenfalls ohne Einfluß. Wenn daher den Ergebnissen der orthographischen Konferenz Einwände von dieser, jeglichen Faden des Zusammenshangs mit der Vergangenheit unsrer Schrift abreißenden, „die S.“ und „die Ä.“ schreibenden, Richtung begegnen sollten, so werden sie voraussichtlich von jenseit der Gränen Deutschlands kommen. Wohl aber werden wir zu berichten haben von Einwendungen, welche den Majoritäts-Resolutionen der Konferenz von prinzipiellen Freunden gemacht werden, die nur im Wechsel der phonetischen Reform anderen Auffassungen folgen. Es ist nicht unmöglich, daß eine oft gemachte Erfahrung sich auch in diesem Fall bestätigt, nach welcher eine partielle Gegnerschaft heftigeren Streit als eine unbedingte hervorruft.

In Bezug auf die Annahme, daß die „ultraphonetische“ Partei in Deutschland kaum vertreten sei, hat die „K. B.“ einzuwenden, daß im großen Publikum, so weit in denselben überhaupt orthographische Fragen erörtert werden, eine starke Neigung zu dieser Partei zu beobachten ist. Das Blatt schreibt:

Die Befürworter der rein phonetischen Schreibung setzen sich allerdings leichter Sinnes über manche Hindernisse hinweg, vor denen derjenige, der sich des jetzt allenfalls zu erreichen denkt, bewußt ist, schon deshalb halt macht, damit nicht überhaupt jeder Fortschritt gefährdet werde. Der Verfasser des Berichts ist schon darauf vorbereitet, „mehr gegnerische als bestimmende Kundgebungen“ vereinzeln zu müssen. Wenn die Gegner aber nicht mit stärkeren Geschüßen vorfahren, als dasjenige ist, mit welchem einer der hervorragendsten unter ihnen, Dr. Daniel Sanders, ganz neuordnungs die Konferenzbeschlüsse beschlossen hat, so dürfte es nicht schwer werden, den größten Theil der Angriffe zurückzuschlagen. In der neuesten Nummer der „Gegenwart“ hält Herr Sanders der Legislatoren eine lange Reihe von Fehlern vor, durch welche sie gegen ihre eigenen Feststellungen gefunden hat. Aber die Annahme, daß dies wirklich Fehler seien, gründet sich auf die ganz willkürliche Voraussetzung, daß in der Regelammlung, welche die ostgenannten „Verhandlungen“ begleitet, die von der Mehrheit vorgeschriebene Schreibweise schon streng durchgeführt sei. Hierfür ist gar keine Rede. Die Konferenz hat — und wie uns dunkt, mit vollem Recht, weil ihre Beschlüsse noch nicht endgültig sind — sich an der herkömmlichen Schreibweise gehalten und nur diejenigen Wörter in der beschlossenen neuen Gestalt vorgeführt, die als Beispiele für die Regeln gelten sollen. Ein anderer großer Theil des Auflasses beschäftigt sich mit einem großen Anfangsbuchstaben im Titel des Buches: „... zur Einigung in der Deutschen Rechtschreibung“. Hier wird das „D“ als regelmäßig angewendet. Herr Sanders mag sich dieses große D nicht erlauben; andere Schriftsteller sind nicht so ängstlich und machen von einem großen Anfangsbuchstaben statt eines kleinen da Gebrauch, wo sie den Begriff besonders hervorheben wollen, dies namentlich in Titeln. So werden auch die Wenigsten Anstoß nehmen an dem „Königl. Preußischen Unterrichts-Minister“, der auf dem Titelblatt genannt ist. Was Herr Sanders wegen der mangelhaften Darstellung der auf sein Ansehen beschlossenen Form für den Konsonanten J zu rügen hat, beweist nur gegen seinen eigenen Vorschlag. Die verlangte Form ist eben in den allerwenigsten Buchdruckereien vorrätig; so fehlt sie auch in Halle. Uns erscheint die Neuenschaffung — denn das ist sie im Ganzen und Großen — eine durchaus überflüssige Arbeit. Der Auflass bringt weiterhin auch einige richtige Nachweise kleiner Lücken und Druckfehler. Eine demnächstige eingehende Erörterung der „Verhandlungen“, welche Herr Sanders in Aussicht stellt, wird vermutlich wichtige Gesichtspunkte eröffnen.

Nachdem Professor Bluntschli jüngst in der „Gegenwart“ die rechtliche Unverantwortlichkeit und Verantwortlichkeit des römischen Papstes einer ausführlichen Erörterung unterzogen hat, deren Schlüssefolgerungen auch vom „Reichskanzler“ reproduziert worden sind, behandelt auch Professor von Holzendorff in München dieselbe Frage, indem er „Völkerrechtliche Erläuterungen zum Garantiegesetz“ in seinem Jahrbuch für Gesetzgebung ic. veröffentlicht. Professor von Holzendorff, der bekanntlich im vergangenen Jahre während seines Aufenthaltes in Italien daselbst sehr gefeiert wurde, beschäftigt sich in seiner Abhandlung mit den rein völkerrechtlichen Bestimmungen des italienischen Garantiegesetzes. Er erklärt, daß die italienische Regierung vor Anforderungen dritter Mächte wegen Schutzes gegen den gegenwärtigen Papst geschützt sei, da die europäischen Mächte die durch die Einverleibung Noms in das Königreich Italien und das Garantiegesetz geschaffene Lage, soweit dieselbe sich auf Pius IX. bezieht, tatsächlich anerkannt haben. Dagegen ist Prof. von Holzendorff der Ansicht, daß im Falle einer Erledigung des päpstlichen Stuhles von Rechtswegen die Anforderung an die italienische Regierung zu stellen sei, das Garantiegesetz dahin abzuändern, daß dritte Staaten nicht vom italienischen Staatsgebiete aus in die Gefahr eines Bürgerkrieges gesetzt werden.

Deutschland.

△ **Berlin.** 19. April. Nach § 22 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 soll im Wege landesherrlicher Verordnung nach Anhörung der betreffenden Provinzial-Vertretungen bestimmt werden: 1) Welche Fische mit Rücksicht auf ihr Maß oder Gewicht nicht gefangen werden dürfen. 2) Zu welchen Tages- und Jahreszeiten die Fischerei überhaupt oder in gewissen Erstreckungen der Gewässer oder bezüglich gewisser Fangorte oder Fischarten verboten sein soll. 3) Welche Fangarten und welche Arten von Fanggeräthen beim Fischfang nicht angewendet werden dürfen. 4) Von welcher Beschaffenheit die erlaubten Fanggeräthe sein müssen und mit welchen Beschränkungen die letzteren zum Fischfang gebraucht werden können. 5) Welche Ordnung von den Fischern zur Vermeidung gegenseitiger Störungen, ferner im Interesse des öffentlichen Verkehrs und der Schifffahrt und endlich gegenüber den Aufsichtsbeamten und zur Erleichterung der Aufsichtsführung zu beobachten ist. 6) In welchen Jahreszeiten und an welchen Orten die Werbung der Seegewächse verboten sein soll. — Mit Rücksicht auf diese gesetzliche Bestimmung hat der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sämtlichen Provinzial- resp. Kommunal-Landtagen Preußens einen Entwurf zu den Ausführungs-Bestimmungen des Fischerei-Gesetzes übersendet, welcher nach den Bedürfnissen und Anforderungen einer jeden Provinz verschiedene Fassung erhalten hat. Die eingeforderten Gutachten sind zum Theil schon eingegangen und haben sich mit den Entwürfen des Ministeriums dem Vernehmen nach einverstanden erklärt. Der § 9 des Fischerei-Gesetzes schreibt zur Gewinnung der erforderlichen Aufsicht über den Fischerei-Betrieb die Bildung von Genossenschaften in denjenigen Fällen vor, wo nicht politischen Gemeinden, sondern einzelnen Berechtigten die Ausübung der Fischerei zusteht. Es sind bereits in mehreren Fällen durch freiwillige Vereinbarung derartige Genossenschaften gebildet worden, welche die Genehmigung der betreffenden Provinzial-Regierungen erhalten haben. Die Errichtung weiterer solcher Genossenschaften steht in Aussicht, da man die Wichtigkeit und den Nutzen derselben in denjenigen Fällen erkannt hat, wo mehrere Fischerei-Besitzer auf demselben Wassergebiete ein gleiches oder ein verschiedenes Recht zum Fischfang haben.

— Der Aufenthalt des Kaisers in Wiesbaden wird sich, wie die „Prov.-Corr.“ berichtet, bis einige Tage vor dem 9. Mai erstrecken.

Das Goethedenkmal für Berlin.

Nachdem seit der Ausstellung der Konkurrenzentwürfe, dem ersten wichtigen Schritt zur Verwirklichung des lange schon geplanten berliner Goethedenkmals, nunmehr vier Jahre verflossen sind, ist jetzt das Modell, das dessen zukünftige Gestalt in der Hälfte der ihr bestimmten Größe zeigt, von dem mit der Ausführung beauftragten Künstler vollendet und im Uhrsaal der Kunstabademie öffentlich ausgestellt worden. Ehe es in die Werkstatt des Bildhauers zurückkehrt, wird es dem Publikum dort noch für kurze Zeit zugänglich bleiben. Der „Staatsan.“ bringt darüber folgenden orientierenden Artikel:

„Eine erste Konkurrenz hatte befannlich zu keinem bestimmten Resultat geführt. Außer Schaper und Siemering, deren Skizzen damals den lebhaftesten Beifall fanden, waren noch Calandrelli und der dresdener Bildhauer Dondorf zu einer engeren Konkurrenz eingeladen worden, aus welcher endlich Fritz Schaper als Sieger hervorging, nachdem er die Anfangs jugendlich gehaltene Figur des Dichters durch eine andere reiferen Alters erjezt, das Postament aber, dessen schönheitsvoller Aufbau und plastischer Schmuck mit ungetheilter Anerkennung aufgenommen worden war, nur unwe sentlich modifizirt und durch den Fortfall dreier Reliefkompositionen vereinfacht hatte. Die jetzt ausgestellte Arbeit weicht von denselben, welcher der Künstler dem ihm gewordenen ehrenvollen Auftrag verdankt, zwar nicht in der Gesammanordnung, wohl aber — und dies sehr zu ihrem Vortheil — in der Figur des Dichters selber erheblich ab. Während jene Skizze ihn im einfachen Ueberrock vorführte und damit weder dem idealen Schwung der Sockelgruppen entsprach, noch auch die reichere Fülle des Umrisses besaß, durch die sie allein im Stande gewesen wäre, den ganzen Aufbau gebührend zu beherrschen, bietet das jetzt vollendete Modell eine Hauptfigur, die in jeder Hinsicht mit den übrigen Theilen des Denkmals in vollem Einklang steht und sich mit ihnen zu einer imponirenden, harmonisch geschlossenen Wirkung verbindet.“

In einen weiten, von den Schultern bis fast zum Boden herabfallenden Mantel gehüllt, dessen Falten die in ihnen verborgene, gegen die Hüfte gestemmte linke Hand von innen her zusammenfaßt, während die auf der Brust aufruhende, eine Rolle umspannende Rechte ihn auf der anderen Seite ein wenig emporzieht, steht die Gestalt, fest im linken Bein ruhend, das rechte, vom Mantel bedeckte, leicht vorsezend, dem Beschauer stolz erhobenen Hauptes gegenüber, und diese freibewegte Haltung, die ernste Würde und gefällige Grazie glücklich in sich vereinigt, entspricht dem uns vornehmenden Bilde des auf der Höhe seines Kühmes in jugendlicher Kraft u. Frische schaffenden Dichters in nicht geringerer Grade als der lebensvolle Ausdruck des meisterhaft durchgearbeiteten Körpers, dessen schön geformte, von innerem Adel erfüllte Züge die in sich beruhigte, siegesgewisse Klarheit eines mächtigen Geistes ergreifend wiederholt spiegeln. Die Porträtkünstlichkeit, der Rauchschen Büste, die hier unverkennbar der Darstellung zu Grunde liegt, hat der Künstler, ohne etwa auf ihre scharfe individuelle Charakteristik zu verzichten, mit der ideal gesinnten Auffassung seines Werkes aussß innigste zu verschmelzen, in der ganzen Gestalt dabei einen trefflichen Linienzug zu erreichen, dem Faltenwurf des Mantels aber, der die Glieder umfließt, jede lastende Schwere vollständig fern zu halten gewußt.

Das Piedestal dieser Statue ist der in einfacher, vielleicht noch etwas gefälliger zu gliedernder Profilirung emporsteigende, zylindrisch gestaltete Kern des in seiner Gesammterscheinung bereits bekannten

Der Kaiser will von Wiesbaden aus auch die Stadt Hanau besuchen, um sich über die in Folge des dort jüngst stattgehabten Bergsturzes erforderlichen Maßregeln an Ort und Stelle zu unterrichten und weiteren Vortrag halten zu lassen.

— [Personalien.] Zu Mitgliedern der Jurie für die Ausstellung in Philadelphia sind aus dem deutschen Reich ernannt: 1) für Chemie der k. baiierische Hofrat und Professor an der Universität Würzburg Dr. R. v. Wagner; 2) für Keramik der Sekretär am baiierischen Gewerbe-Museum Dr. G. Seelhorst in Nürnberg; 3) und 4) für Textil-Industrie Konsul Gustav Gebhard in Elberfeld und Fabrikbesitzer Dr. Max Weigert in Berlin; 5) für Papier, Druck, Buchhandel und graphische Künste G. W. Seitz, Besitzer der artistischen Anstalt in Wandsbeck; 6) für Metallwaren Diseenbach, Regierungsrath in der k. württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart; 7) für musikalische Instrumente Komm.-R. Julius Schiedmayer in Stuttgart, und 8) für Wein, Alkohol und Biere Komm.-R. Julius Wegeler in Koblenz. — Auf erfolgte Präsentation der Stadt Kassel ist durch allerhöchsten Erlass vom 1. April der dortige Bizebürgermeister Dr. jur. Hermann Weigel als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden. Dr. Weigel vertritt zur Zeit im deutschen Reichstage den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen. — Die medizinische Fakultät der hiesigen Universität hat als Nachfolger für den verstorbenen Professor Traubede dessen Schüler und Freund den Professor Leyden zu Straßburg in Vorschlag gebracht. — Der Regierungspräsident Roth zu Merseburg, der im vorigen Jahre durch seine Beteiligung an dem wunderlichen Vereine: „Zur Evangelisirung Italiens“ viel von sich reden machte, wird im Herbst von seinem Amt zurücktreten. Er war der „Voss. Ztg.“ zufolge beim Oberkirchenrath sehr angesehen und von diesem zum Präses der außerordentlichen Generalsynode vorgeschlagen worden.

— Die „Kreuzzeitung“, die vor einigen Tagen nach andern Blättern über die Mindereinnahmen der Reichstelegraphenverwaltung zu berichten wußte und dieserhalb eine fiktive Zurechtweisung vom „Reichsanzeiger“ erhielt, sieht sich heute veranlaßt, zu melden, daß die M e h r e i n n a h m e n der genannten Verwaltung im Monat März 1876 gegen denselben Monat des Vorjahres ungefähr 40—50,000 Mark betragen sollen. Damit würde der neue Tarif seine Probe in finanzieller Hinsicht bestanden haben.

— In einem Artikel des „Dresdener Journals“ über die Reichseisenbahnfrage war auf Grund einer Denkschrift der sächsischen Regierung mitgetheilt worden, daß das Reichseisenbahnamt bereits verlangt habe, es solle in Leipzig auf Kosten der dort einmündenden Bahnen ein Millionen erfordernder Zentralbahnhof für den Personenverkehr errichtet werden. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nun zwei Schreiben des Reichseisenbahnamtes an das sächsische Ministerium vom 2. Dezember 1874 und 26. Februar 1875, aus denen sich ergiebt, daß das Reichseisenbahnamt allerdings die Anlegung eines solchen Bahnhofes bei der sächsischen Regierung zur Erwagung gestellt hat, daß aber auf die von dem sächsischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gegebenen Erwidерung ausdrücklich anerkannt worden ist, wie der Zeitpunkt zur Ausführung eines solchen Projektes nicht geeignet sei und nur der Wunsch daran geknüpft wurde, daß die Ausarbeitung von Plänen für ein solches Projekt schon gegenwärtig ins Auge gefaßt werden möge. — Wie die „Post“ meldet, hat die Direktion der Berlin-Dresdener Eisenbahn die Verhandlungen mit der Berlin-Anhalter Eisenbahn betreffs Vereinbarung eines Betriebs-Überlassungs-Vertrages im Hinblick auf die bekannten ablehnenden Entschlüsse des kgl. Staatsministeriums abgebrochen. Zugleich verlautet, daß mehrere größere Aktienbesitzer der Berlin-Anhalter Bahn sehr lebhaft das Projekt ventilen, die

Bei Berlin eingeholt. Dagegen steht jedoch das Problem verdeckt, diese

Bahn dem Staate zum Kauf anzubieten. Ferner hört die Post, daß Verhandlungen im Gange sind, welche die Verschmelzung der Berlin-Potsdamer mit der Bergisch-Märkischen Eisenbahn bezwecken. „Das Projekt, dessen Zustandekommen ebenso sehr im Interesse des Verkehrs, als der beiden Bahnen zu liegen scheint, dirftet der Genehmigung und Unterstützung der Staatsregierung sicher sein. Die Verwaltung der Bergisch-Märkischen Eisenbahn ist bekanntlich durch Generalversammlungsbesluß, vom 21. Mai 1853 auf immer dem Staate übertragen worden.“

— In unserem Bericht über die Bundesrathssitzung vom 12. d. hieß es am Schlusz u. A., die Beschlusshaffnung bezüglich der Gleichstellung der Silberthalter mit den Reichssilbermünzen, welch erstere bisher noch an Stelle der Goldmünzen genommen werden müssen, sei vorbehalten worden. Bekanntlich sind die Silberthalter noch nicht außer Cours gesetzt, haben also volle Geltung. Wohl aber ist der Bundesrath durch das Gesetz, betreffend die Äändereung des Art. 15 des Münzgesetzes vom 6. Januar d. J. ermächtigt, zu bestimmen, daß die Einhalterstücke deutschen Gepräges, sowie die in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1867 geprägten Vereinsthalter bis zu ihrer Außercourssetzung nur noch an Stelle der Reichssilbermünzen in Zahlung zu nehmen sind. Von dem Tage an, wo eine solche Bestimmung in Kraft tritt, würde das System der Goldwährung in völliger Reinheit durchgeführt sein. Ansässlich der Berathung über die weitere Ausführung des Münzgesetzes, welche in letzter Zeit im Bundesrath stattgefunden hat, ist die Frage zur Erörterung gelangt, ob der Bundesrath von der ihm durch das Gesetz vom 6. Januar ertheilten oben erwähnten Vollmacht Gebrauch machen solle. Die Frage ist indeffen, wie die „Post“ meldet, verneint worden. Der Thaler kann also nach wie vor an Stelle der Goldmünzen ausgegeben werden. Die Bestimmung des Art. 9 des Münzgesetzes vom 19. Juli 1873, wonach Niemand mehr verpflichtet ist, mehr als 20 Mark in Reichssilbermünzen in Zahlung zu nehmen, bezieht sich, wie schon der Wortlaut sagt, nur auf die neuen Reichsmünzen in Silberprägung.

— Zum Kapitel vom Gewissen in ang der ultramontanen Moral wird der „Köln. Btg.“ der Wortlaut eines Schreibens zur Veröffentlichung übergeben, das der jetzt verstorbene Professor der Theologie an der Universität zu München, Dr. Reischl, vor einigen Jahren anemanden gerichtet hat. Bekanntlich hat sich dieser durch seine kindliche Frömmigkeit ausgezeichnete Mann bald darauf mit dem in dem betreffenden Schreiben erwähnten, „an logischen und inneren Widersprüchen leidenden Machwerk“ äußerlich abgefunden, also sich unterworfen; aber welchen Abgrund von Gift muß die jesuitische Moral bergen, wenn sie solche sittliche Selbstmord zu Stande bringen vermag. Der Brief lautet mächtig wie folgt:

Pax Jesu! München 1. Oktober 70. Hochzuberehrender Herr und Kollega! Dem lieben gestern eingetroffenen Schreiben, d. d. 28. September, habe ich zu meinem eigenen tiefen Schmerze zu entgegnen, was ich bereits vor acht Tagen nach Bonn zu berichten hatte, daß allerdings nach ernstester Erwägung Herr Reichsrath ic. v. Döllinger zu dem Entschluß gelangte, die „nürnberger Erklärung“, so wie selbe dort redigirt worden, nicht zu veröffentlichen, sondern dafür den Kontra signanten den Zutritt zu einer anderen motivirten Denkschrift anzubieten. Von diesem Antrage wurde sogleich nach Bonn, Breslau, Prag und Braunsberg Bericht gegeben. Die Gründe, welche Herrn Stiftspropst a. D. zu solcher Modifikation bestimmten, sind 1) allerdings die Thatſache, daß bereits ertheilte Unterschriften widerrufen worden. Ob auch die des Hrn. Dr. Döllinger darunter, ist mir nicht bekannt. Ich zweifle mit mehr Grund daran, vermug aber im Augenblieke es, nicht zu verſifzieren; 2) noch mehr aber hewog die ſchnell veränderte Sachlage. Denn schon Ende August exiſtirte keine „Minderheit der Bischöfe“ in Deutschland (und Oesterreich?), an welche die „Erklärung“ und „Bitte“ gerichtet werden konnte. „Fugerunt omnes.“ Daß der „in seiner Art einzige“ Hirtenbrief der Fuldaer sich unbedingt für die Defenituität und Freiheit des Konzils ausſprechen

Sockelgruppen mehrfach vorhandene kleinlich wirkende Haltemotive zu vermeiden, vor Allem aber die Leere zu beseitigen, die das Postament zur Linken des Dichters zwischen den Gruppen der Lyrik und der Wissenschaft zeigt. Dadurch, daß er bei der letzteren die Knabengestalt, die sonst rechts von der sitzenden Figur ihren Platz gefunden hat, auf der linken Seite aufstellte, erzielte der Künstler zwar einen angenehmen Wechsel der Anordnung, als gleichzeitige Folge aber auch einen Mangel, der schwerer ins Gewicht fällt als jener Vortheil und das im Uebrigen so gelungene Werk empfindlich beeinträchtigt."

Jean Paul am Hofe der Herzogin von Hursland.

Wie schon bekannt, ist am 11. April dieses Jahres die letzte der Prinzenſtinen von Kurland, Johanna, Herzogin von Acerenza-Pignatelli, eine Tochter des letzten Herzogs Peter von Kurland und eine Schwester der Herzogin Dorothea von Sagan, in Löbichau bei Altenburg fast drei und neunzigjährig gestorben. Dieſelbe war u. A. Besitzerin der Herrſchaft Nitze im Kreise Kosten und hat deshalb für die Provinz Posen ein beſonderes Interesse. Im Jahre 1819 hielte ſich Jean Paul in Löbichau am Hofe ihrer Mutter, der Herzogin von Kurland, und in Geſellschaft der in unmittelbarer Nähe wohnenden drei Töchter derselben — die dritte ist die Fürstin Pauline von Hohenzollern — auf, und dieſe Tage gehören ebenso zu den anmutigsten Episoden aus dem Leben des Dichters, wie ſie einen Einblick in die harmloſe, aber geiſtvolle Geſelligkeit des herzoglichen

Hofes gewähren. Paul Nerrlich schreibt darüber in der „Nat.-Btg.“ das Folgende: Der Entschluß, die Herzogin zu besuchen, scheint, wie wohl Jean Paul bereits früher sein Kommen zugesagt, vor allem durch die Briefe der Gräfin Dorothea Chassopot, einer Hofdame der Herzogin, in dem Dichter gereist zu sein. Dieselbe erbat sich zunächst von ihm ein Blättchen für ihre physiognomische Handschriftensammlung und erinnerte ihn darauf an sein Versprechen. „Hier ist meine Hand“, schrieb Jean Paul zurück, „aber leider nur die, die ich schreibe, nicht die andere, womit ich die Ihrige drücken würde für Ihre so schönen Briefe. Meine lange Reise nach Stuttgart nimmt mir auch die kurze zu Ihrer Herzogin. Aber wär' es denn ganz unmöglich, daß ein Zug-Paradies-Bogel auf einem Fluge nach Paris sit für einige Tage in Baireuth niederzuliegen? Herzlich würd' ich mich freuen, wenn ich ein paar Tage lang Zeit befände, Ihnen für Ihre Güte zu danken.“ „Sie kommen also nicht!“ schrieb die Gräfin zurück. „Das ist es denn, was trotz dem Lieben und Verbindlichen in Ihrem Briefe mir sehr unwillkommen macht. Wer frohe Erwartungen erregen und alsdann unerfüllt lassen kann, wer mit Kaltblütigkeit auf sich hoffen und nach sich seufzen läßt, um dieser Fluth der Gefühle den trocknen Damni vorgesetzter Pflicht entgegenzusetzen vermag, der hat eine Marmorieele, das ist gewiß. Ist's denn durchaus nicht möglich, uns ein paar Tage zu geben? Wir versprechen, aufzuden zu sein mit der kleinsten Spanne Zeit und auch Sie, ~~zu~~ werden nicht bereuen für uns zweckdienlich zu haben.“

gewiß auch Sie, werden nicht bereuen, sie uns zugestanden zu haben. Frau von Ende ist seit gestern hier; die Herzogin, Frau v. Piatoli (nich kennen Sie) und die übrigen Frauen bewegen sich auch nicht in einem versponnenen, verlochten, verwäschten und vernähten Leben. Kurz, wenn's Ihnen gefüllt, sich recht hätscheln und liebhaben zu lassen, so stoßen Sie jetzt zu der kleinen kurischen Kolonie, die selbst auf fremdem Boden ihre Gastfreundlichkeit und herzliche Anerkennung fremder Liebenswürdigkeit mitzubringen und sich zu erhalten wußte."

würde, war hier schon Anfang September bekannt. Wie möchte es also ausgeheben werden, wenn „hochmütige Professoren“ die Rechtmäßigkeit des Konzils auf Grund des Mangels regelrechter Berathung und konziliarischer Freiheit verwarfen in demselben Augenblitc, in welchem die bischöflichen Mitglieder des Batisianums selbst (allerdings ihre schmähliche Flucht verleugnend) mit hohen Worten dem christlichen Volke beteuerten, es sei in Rom Alles auf's Beste und Würdigste hergegangen? Gegen ein solches (wenn auch leider falsches) Zeugniß vermag die Stimme der Wissenschaft und der ehrlichen Christenherzen nicht aufzukommen. Die Kinderheitsbischofe würden, nachdem sie ihre eigene Erfahrung und Überzeugung vor sich selbst zur Lüge gestempelt, keine andere Wahl gehabt haben, als die Unterzeichner der „Erklärung“ zum Widerruf zu zwingen oder sie zu „anathematisiren.“ Weiter machte es gewißleinlichsten Eindruck, daß besonders auch hier die übrigen Kollegen der Fakultät, obgleich ihre dogmatische Ansicht die gleiche ist, dennoch in dem Vorgehen der an den „Münzberger Erklärung“ beteiligten Kollegen von Bonn, Breslau und München die Herausbechwörung des gänzlichen Unterganges dieser Fakultäten erblieben und fürchteten. Nicht ein einziger Bischof dagegen versprach oder verspricht der altkatholischen Richtung Schutz und Stütze zu werden. Selbst die ungarischen Prälaten scheinen nur durch Schweigen kämpfen (und siegen?) zu wollen. Von dieser Seite ist die Verbüßung der Kirche vollendet. Den Nevers, welchen Herr Erzbischof von Köln fordert, seien ich durch Herrn Kollegen Knodt. Wir würden einen solchen zuerst mit einer Reihe von dogmatischen Fragen erwidern und selbe zugleich veröffentlichen. Denn zum Glück ist die Constitutio c. 4 des Infalib. ein so an logischen und inneren Widersprüchen leidende Machwerk, daß es zugleich zu „Ja“ und „Nein“ in der selben Sache verpflichtet, im ersten Theile bekennend, was es im zweiten Theile verwirft. In der That bleibt es nur durch völliges Gottverlassen sein zu erklären, wie eine derartige Fassung auch nur die Stimme eines Bischofs bekommen konnte. Die Rettung unserer armen Kirche ist, wie es scheint, nur durch das großartige Auftreten der gut unterrichteten Laienwelt anzubauen. Und hier würde ich ratzen, den Protesten wider das Dogma den Ruf nach einem neuen außeritalienischen Konzile folgen zu lassen. Das Gottesgericht, welches den Kirchenstaat, ehe er gleichfalls ein Dogma wurde, barnherzig verachtet hat, würde einer solchen Forderung Nachdruck verleihen. Denn das Papstthum kann nun nicht mehr ausschließlich italienisch bleiben; sonst wehe! der germanisch-christlichen Welt. Solchen Rufe können auch die Geistlichen das Wort leihen, und vielleicht fallen auch Staatsmänner die Konsequenzen der römischen Katastrophen klarer in's Auge. Wir sind einander persönlich unbekannt; indeß meine ich, unsere Seelen seien sich nicht fremd. So hoffe ich deinen, mein thurer Herr, verstanden zu werden mit dem Geständnisse, wie mir angehts des Unglücks, welches die heiligeliebte Kirche Gottes belastet und entstellt, und gegenüber der grauenhaften Entstümung der Charaktere selbst der Höchstgestellten, inmitten endlich des wilden, unchristlichen Selotismus und Fanatismus vieler Geistlichen nahezu das Herz brechen möchte. Möchten Sie, mein Herr, stärker und hoffnungsvoller sein, was aus Seelengrunde wünscht in Gott Ihr verehrungsvoß ergebener Collega Dr. Neisch.

Hier und da scheint die Meinung entstanden oder erzeugt worden zu sein, der Minister Falk habe seine Empfehlung des Simplicissimus in der vom nordwestdeutschen Volkschriftenverlag herausgegebenen Bearbeitung des Dr. Elard Hugo Meyer zurückgezogen. Die „B. Z.“ kann aus der verlässlichsten Quelle mittheilen, daß der Minister im Gegentheil willens ist, seine Empfehlung des genannten Buches sowohl als mehrerer anderer Artikel des genannten gemeinnützigen Verlagsunternehmens für die Bibliotheken von Präparandensanstalten und Seminaren und zur Benutzung als Schülerprämien ihrem vollen Umfange nach aufrecht zu erhalten. Er nimmt ohne Zweifel mit vollem Rechte an, daß die öffentliche Diskussion des Falles seinen Erlaß durchaus gerechtfertigt und nur die Angrifer oder Anzweifler desselben bloßgestellt hat.

Burg b. Magdeburg, 17. April. In seiner Predigt am heutigen Festtage hat ein hier als sehr orthodox bekannter Geistlicher geradezu als Folge einer blos standesamtlich geschlossenen Trauung den Tod des ersten Kindes aus solcher Ehe bezeichnet. Eine Dame in Trauer, welche in der Kirche anwesend war, wurde, ob in Folge dieses unserer Meinung nach durchaus

Solchen Bitten gegenüber konnte Jean Paul unmöglich Widerstand leisten. „Ich wollte“, schreibt er zurück, „im Leben anderer Menschen wäre nur halb so viel Liebe als in Ihrem Schelten, und ich danke Ihnen für jedes zornige Wort. Doch werde ich auch kommen, wenn der Himmel will, nämlich der blaue.“

Jener Brief der Gräfin war vom 5. August; schon am 26. Februar dient der Dichter ihr die Stunde seiner Ankunft an und schreibt der Herzogin seines, obgleich ihm nichts dazu verlichen sei als nur Worte, warmen, innigen und wahren Dank. Er traf am Abend des 31. August auf dem Schlosse ein, nachdem ihm bereits die Gräfin Chassepot, die Baronin Ende, welche er von Heidelberg her kannte, und Marianne bis Gera entgegen gefahren waren. Unter den etwa dreißig Gästen, welche das Schloß außer den Genannten beherbergte, sind vor allen Elisa v. d. Recke, die Schwester der Herzogin, Tiedje, Präsident Feuerbach und sein Sohn aus Ansbach, der Schriftsteller Schink, Graf von Schulenburg, zwei junge Grafen von Medem, Maler Wezel, Schriftsteller Eberhard aus Halle, Kreismarschall v. Kirsch aus Kurland hervorzuheben. Die Briefe, welche Jean Paul an seine Gattin schrieb, sowie die Schilderung, welche er von diesen Löbhaber Tagen später im Cotta'schen Damenkalender gab, sind voll von Preis und Bewunderung der herzlichen Aufnahme, des ungewöhnlichen und doch feinen Tones und der ebenso geistreichen wie unfehlbar naiven Geselligkeit im Hause der Herzogin. Diese selbst mag er gar nicht anfangen zu loben, so töricht ist ihr Herz mit seiner Ruhe, Unbefangenheit, Liebe und Milde, Gefallschüsigkeit und seinem Gottesinn. Sie ist auch seiner Meinung nach mit oder nach der Chassepot, trotz der Jahre, die schönste unter allen. Bei Tisch trank sie einmal mit Jean Paul und der Baronin Ende, sowie mit der Herzogin von Accerenza, welcher der Dichter ein bescheidenes, hohes und reiches Gemüth nachdrückt, die Gefundheit von Jean Paul's Gattin, ja sie versprach ihm in Bayreuth eine Nacht zu verweilen und die Familie zu beuchen.

Mit Elisa von der Recke ging oder fuhr Jean Paul oft des Nachmittags spazieren; er habe, sagt er, nie gedacht, daß er diese ehrrührende Frau so lieben und ehren würde. Diese einzige, in ihrem frommen Willen und hellen Glauben, warmen Liebe und festen Leben hochstehenden Frau, eine ächte, lichte, kräftige Protestantin, lernte er so in einem ganz anderen Lichte erscheinen, als in der Auflär-Journalliere eines Biester oder Nicolai. In dem benachbarten Schloß Tannefeld wohnten die drei Töchter der Herzogin; der Verkehr zwischen Löbhaber und diesem reizenden Sommer- oder Vielmehr, wie Jean Paul sagt, italienischen Frühlingsjahr war natürlich ein äußerst lebhafter. Im Hause der Herzogin rührte der Dichter vor allem die gänzliche Ungezwungenheit in Leben und Reden. Man kann, schreibt er, eine Meinung ergreifen, oder angreifen, welche man will, gegen oder für die Juden, gegen oder für Ultras und Liberale, niemand sagt etwas dagegen als höchstens seine Gründe. Jeder Gast frühstückt mit sich selber und sieht bloß aus seinem Fenster einzelne Damen durch die Park- und Morgenfülle langsam wandeln oder Kammerjungfern, die noch nicht in heiml. Feuer und Handgemenge mit dem ungeplätteten und ungefalteten Werkzeug stehen. Manche Herren arbeiten ungestört an ihren Papieren, bringen aber, wenn es ihnen wie Jean Paul ergeht, nur wenig zu Stande; auch die Herzogin ist in ihren Zimmern und liest und schreibt. Dann fangen die Morgenbesuche an, die sich oft bis Tannefeld ausdehnen. Mittags um 12 Uhr beginnt das Dejeuner und damit die allgemeine, größere Gruppen bildende Geselligkeit, welche erst um 12 Uhr Nachts endigt. Musik, Tanz, Spiel, Vorlesen, dichterische

unstatthaften Redeexkurses, wissen wir nicht, ohnmächtig und mußte die Kirche verlassen. (M. 3.)

Schweiz.

Das Seilbahnsystem Agudio, welches man behufs Erziehung von Ersparnissen bei Herstellung der Gotthardbahn in Aussicht genommen und gegenwärtig hierseits einer näheren Prüfung unterliegt, soll dreierlei Vortheile bieten: erstlich eine Verminderung der Herstellungskosten um etwa 30 Millionen Franken; zweitens eine Verkürzung der Linie um 16 Kilometer und drittens eine jährliche Ersparnis von 250,000 Frs. an Brennmaterial. Auch die Schnelligkeit der Beförderung wird, wie man angiebt, durch dasselbe nicht verlieren, sondern sogar stellenweise noch erhöht werden: für Express- und Personenzüge zu 100 Tonnen soll sie 22 Kilometer in der Zeitstunde sein, für gemischte Züge zu 175 Tonnen und für Güterzüge zu 350 Tonnen je 12 Kilometer. Bekanntlich hat sich das System Agudio auf der Nordseite des Mont-Cenis schon praktisch bewährt; bei der Gotthardbahn soll es namentlich auf der Strecke zwischen Wassen und Göschene in Anwendung kommen.

Rußland und Polen.

△ Warschau, 17. April. [Die neue Gerichtsorganisation. Separation des bäuerlichen Grundbesitzes.] Die neue Gerichtsorganisation, über die ich bereits früher berichtet habe, soll nunmehr mit dem 1. Juni definitiv in Kraft treten. Durch die Einführung derselben dürfte den Polonissen von Neuem ein harter Schlag treffen. Alle höheren Gerichtsstellen werden nämlich mit Russen besetzt und es ist kaum die Aussicht vorhanden, daß auch nur der dritte Theil der gegenwärtigen Gerichtsbeamten auf seinem Posten bleibt. Sowohl soll jeder ausscheidende Beamte noch zwei Jahre lang sein vollständiges Gehalt beziehen, indessen ist dies auch Alles, was die Regierung für die Zukunft der Beamten thut. Es liegt auf der Hand, daß hierdurch eine Menge Familien brotlos werden und dem Lande zur Last fallen. Ein Theil der verabschiedeten Beamten hat bereits bei Privaten und in Geschäften &c. Dienste genommen. Bekanntlich treten bei dieser neuen Gerichtsorganisation die sogenannten Gemeindegerichte in Kraft, gewissermaßen Spezialorgane für die Dörfer mit der Befreiung, in Zivilsachen bis zu einer Strafe von 30 Rubeln zu erkennen. Die Gemeinderichter sollen nach Listen gewählt werden, welche durch besondere Regierungskommissionen festgestellt werden. Gegenwärtig sind die Administrationsbehörden im Verein mit jenen Kommissionen damit beschäftigt, die erwähnten Listen anzufertigen, auf welche vor Allem die Namen von russischen Gemeindeförmitären gesetzt werden. Das polnische Element soll bei der Wahl zu Gemeinderichtern nach einer den Nachwuchs zugegangenen geheimen Instruktion so wenig als möglich berücksichtigt werden. — Eine Verfügung der russischen Regierung bestimmt eine zwangsweise Separation der bäuerlichen Grundstücke von den Nittergütern mit Aufhebung aller bisherigen Gerechtsame. Falls diese Separation binnen sechs Jahren nicht ausgeführt wird, soll sie erzwungen werden. Nach dieser Verfügung steht den Nittergutsbesitzern das Recht zu, den Bauern an Stelle der bisher von ihnen bewirtschafteten Acker andere anzugeben, damit die Acker eines jeden Nitterguts einheitliches Konglomerat bilden. Falls das den Bauern neu angewiesene Land schlechter sein sollte, als das bisher von ihnen besessene, soll ihnen ein größeres Grundstück angewiesen werden. Wo die Bauern noch Gerechtsame besitzen, in den Wältern das Vieh zu hüten, soll ihnen ein Theil des Waldes zugeschlagen werden, jedoch ohne daß sie den Grund und Boden als Eigentum besitzen.

— Hier und da scheint die Meinung entstanden oder erzeugt worden zu sein, der Minister Falk habe seine Empfehlung des Simplicissimus in der vom nordwestdeutschen Volkschriftenverlag herausgegebenen Bearbeitung des Dr. Elard Hugo Meyer zurückgezogen. Die „B. Z.“ kann aus der verlässlichsten Quelle mittheilen, daß der Minister im Gegentheil willens ist, seine Empfehlung des genannten Buches sowohl als mehrerer anderer Artikel des genannten gemeinnützigen Verlagsunternehmens für die Bibliotheken von Präparandensanstalten und Seminaren und zur Benutzung als Schülerprämien ihrem vollen Umfange nach aufrecht zu erhalten. Er nimmt ohne Zweifel mit vollem Rechte an, daß die öffentliche Diskussion des Falles seinen Erlaß durchaus gerechtfertigt und nur die Angrifer oder Anzweifler desselben bloßgestellt hat.

Burg b. Magdeburg, 17. April. In seiner Predigt am heutigen Festtage hat ein hier als sehr orthodox bekannter Geistlicher geradezu als Folge einer blos standesamtlich geschlossenen Trauung den Tod des ersten Kindes aus solcher Ehe bezeichnet. Eine Dame in Trauer, welche in der Kirche anwesend war, wurde, ob in Folge dieses unserer Meinung nach durchaus

Solchen Bitten gegenüber konnte Jean Paul unmöglich Widerstand leisten. „Ich wollte“, schreibt er zurück, „im Leben anderer Menschen wäre nur halb so viel Liebe als in Ihrem Schelten, und ich danke Ihnen für jedes zornige Wort. Doch werde ich auch kommen, wenn der Himmel will, nämlich der blaue.“

Jener Brief der Gräfin war vom 5. August; schon am 26. Februar dient der Dichter ihr die Stunde seiner Ankunft an und schreibt der Herzogin seines, obgleich ihm nichts dazu verlichen sei als nur Worte, warmen, innigen und wahren Dank. Er traf am Abend des 31. August auf dem Schlosse ein, nachdem ihm bereits die Gräfin Chassepot, die Baronin Ende, welche er von Heidelberg her kannte, und Marianne bis Gera entgegen gefahren waren. Unter den etwa dreißig Gästen, welche das Schloß außer den Genannten beherbergte, sind vor allen Elisa v. d. Recke, die Schwester der Herzogin, Tiedje, Präsident Feuerbach und sein Sohn aus Ansbach, der Schriftsteller Schink, Graf von Schulenburg, zwei junge Grafen von Medem, Maler Wezel, Schriftsteller Eberhard aus Halle, Kreismarschall v. Kirsch aus Kurland hervorzuheben. Die Briefe, welche Jean Paul an seine Gattin schrieb, sowie die Schilderung, welche er von diesen Löbhaber Tagen später im Cotta'schen Damenkalender gab, sind voll von Preis und Bewunderung der herzlichen Aufnahme, des ungewöhnlichen und doch feinen Tones und der ebenso geistreichen wie unfehlbar naiven Geselligkeit im Hause der Herzogin. Diese selbst mag er gar nicht anfangen zu loben, so töricht ist ihr Herz mit seiner Ruhe, Unbefangenheit, Liebe und Milde, Gefallschüsigkeit und seinem Gottesinn. Sie ist auch seiner Meinung nach mit oder nach der Chassepot, trotz der Jahre, die schönste unter allen. Bei Tisch trank sie einmal mit Jean Paul und der Baronin Ende, sowie mit der Herzogin von Accerenza, welcher der Dichter ein bescheidenes, hohes und reiches Gemüth nachdrückt, die Gefundheit von Jean Paul's Gattin, ja sie versprach ihm in Bayreuth eine Nacht zu verweilen und die Familie zu beuchen.

Amerika.

Der frühere Sekretär des Präsidenten Grant, General Babcock, welcher vom Gericht in St. Louis von der Anklage der Veruntreuung öffentlicher Gelder bekanntlich zum großen Skandal aller Feinde der Korruption freigesprochen worden war, ist wieder verhaftet worden. Die große Jury in Washington hat ihn nämlich wegen Einbruchs in Antlagezustand verzeigt und mit ihm den früheren beigedrohten Bezirkssammler Harrington, den früheren Vorsteher der geheimen Polizei des Schatzamtes, Whately, einen von dessen Geheimpolizisten, Namens Nettleship, den newyorker Anwalt Somerville und einen jetzt im Zuchthaus sitzenden Verbrecher, Miles. Die der Anklage zu Grunde liegende Thatache ist die im Juli 1874 geschehene Wegnahme von Urkunden aus dem Schrank des genannten Harrington. Mit den gestohlenen Schriftstücken sollten Beweismittel, die zur Aufklärung der in der washingtoner Bezirkssverwaltung vorgekommenen Schwundeleien dienten, aus der Welt geschafft werden. Miles und Whately treten als Staatszeugen auf. Miles bekannte, von Whately zu dem Raube gedungen worden zu sein; und Whately seinerseits erklärt, im Auftrage Babcock's und Harrington's gehandelt zu haben. Harrington soll verschwunden sein; Babcock wurde übrigens gegen Whately auf freien Fuß gestellt. Auch der Prozeß gegen den früheren Kriegsminister Belknap kommt wieder in Gang, nachdem der durchgegangene Zeuge Mash von Kanada zurückgekehrt ist und sich dem Gerichte gestellt hat.

Parlamentarische Nachrichten.

* Berlin, 18. April. Eine Anzahl Abgeordneter zum preußischen Landtag ist bereits hier eingetroffen und es beginnen mancherlei Vorberatungen für die Fortsetzung der Arbeiten. Inzwischen ist im Bureau des Abgeordnetenhauses so eben eine Gesammtüberseitung über alle noch unerledigten Gegenstände erledigt. Danach kommen zu 29 Regierungsvorlagen 4 Anträge, 1 Interpellation, 12 Berichte zumeist über Petitionen von den verschiedenen Fachkommissionen und der Petitionskommission, 1 Bericht der Staatschulden-Kommission, 4 Berichte der Abtheilungen über Wahlen, 1 Bericht der Geschäftsordnungscommission über das Mandat des Abg. Birchow, im Ganzen 52 Gegenstände.

* Ueber die Behandlung solcher Petitionen, welche in einer fremden, nicht deutschen Sprache dem Abgeordnetenhaus zugeben, schreibt bekanntlich die Geschäftsordnung des Hauses nichts Bestimmtes vor; in einem Streitfall wurde fürgleich in der vierzehnten Kommission auf eine Erklärung des verstorbenen Abgeordneten Waldeck Bezug genommen. Unter den Petitionen, welche der genannten Kommission zu dem sogenannten Sprachengeflecht sehr zahlreich zugegangen waren, befand sich eine Anzahl, welche nur einen polnischen Wortlaut hatte. Die Kommission legte sich die Frage vor, ob diese Petitionen anders zu behandeln sind, als die übrigen Petitionen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Frage, ob das Haus der Abgeordneten Schriftstücke, welche in polnischer Sprache eingegangen sind, zu berücksichtigen habe, schon mehrfach zur Sprache gekommen ist. Im Jahre 1862 hat aus Anlaß einer Petition des Kommandarius von Tomisch aus Konotop die Petitions-Kommission beschlossen, daß die in polnischer Sprache angebrachte Petition nicht zu berücksichtigen ist. Bei der Plenarverhandlung erklärte der Abg. Melduck, die Justizkommission, welcher dieselbe Petition ursprünglich vorgelegen hatte, sei mit allen gegen zwei Stimmen der Meinung gewesen, daß dieser Grund nicht ausreiche, um die Petition zurückzuweisen. Das Haus beschloß damals nach dem Antrage der Petitions-Kommission, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Bei Gelegenheit einer Wahlprüfung hatte eine Abtheilung des Hauses durch Bericht vom 23. Januar 1874 sich dahin ausgesprochen, daß ein Wahlauspruch, dessen motivirende Beilagen in polnischer Sprache abgefaßt waren, durch Ablauf der 14 tägigen Einpruchfrist für prakludirt zu erachten, da die Uebersetzung jener Beilagen in das Deutsche erst nach Ablauf der Frist eingegangen war. Im Plenum bemerkte der Berichterstatter, die Frage habe eine sehr lebhafte Diskussion in der Abtheilung veranlaßt, und erhebliche Zweifel hätten sich auch bei der Majorität eingestellt. Zu einer ausdrück-

Kaiser 1000 Mark, sowie die deutsche Kaiserin 150 Mark. Auch kommt in Weimar die der Stadt vom Großherzog für das Schillerhaus gezahlte Miete von 750 M. infolge der Stiftung zu Statten, als die weimarisches Zweigstiftung in jenem Haus ihre Unterkunft hat. An lebenslänglichen Penitzen verausgabte der Verwaltungsrath der Stiftung im vorigen Jahr 18,400 M., an trahitirenden Penitzen 16,400 M., an einmaligen Bewilligungen 6600 M. Außerdem beträgt die Gefamtkumme der Unterstützungen, welche die Zweigstiftungen bewilligten, 7200 M. und 1300 Gulden. Die Einnahme im Jahre 1875 betrug rund 62,800 M. und 5400 Gulden.

* Copernicus in Italien. Bekanntlich war es bis jetzt nicht möglich gewesen, über den Aufenthalt des Copernicus in Italien irgend welche Dokumente zu finden, und so den apokryphen Erzählungen eines Papadopoli &c. die wirklichen Thatachen gegenüberstellen zu können. Das ist jetzt endlich Herrn Carlo Malagola gelungen. Wie die „Th. Ostd. Blg.“ berichtet, schreibt derselbe unter dem 12. April an Herrn Gymnasiallehrer Cuze, Mitglied des Thorner Copernicus-Vereins, Folgendes:

„Da ich in den Archiven von Bologna verschiedene Dokumente gefunden habe, welche Nicolaus Copernicus, seinen Bruder Andreas, Lucas Watzelrode, Domenico Maria Novara, Scipione dal Ferro und den Kardinal Nicolaus von Cusa betreffen, so habe ich darüber eine Abhandlung zusammengestellt, die einen Theil meiner Arbeit: „Das Leben und die Werke des Antonius Urceo, Lehrer des Copernicus im Griechischen auf der Universität Bologna“ bildet. Den ersten Theil dessen, was Copernicus betrifft, habe ich schon in der letzten Sitzung der königl. Deputation für vaterländische Geschichte, deren Mitglied ich bin, vorgelesen und Sonntag den 23. cr. werde ich den zweiten Theil lesen. Vorher aber würde mir von Dr. Wohlgeb. eine Notiz von Nutzen sein, welche nur Sie mir geben können. Es würde mir lieb sein, zu wissen, ob in Thon im Anfange des 16. Jahrhunderts ein gewisser Johannes Mauroletus Museus, Juris consultus, gelebt hat, dem Pino von Tolouze einen Brief über die Werke des Urceo zueignete mit dem Titel: „Johannes Pinus Tolosanus Juris et Eloquentiae studiosus, Johanni Mauroleto Turonensi Juris consulta et oratori S. D. P. Zuerst glaubte ich, daß dieser ein Schüler des Urceo (wie aus folgenden Worten des Briefes hervorgeht: Urcei Codri praecoptori olim tu...) aus Tours in Frankreich gebürtig sei, aber dort ist von ihm nichts bekannt. Es bleibt also nur noch übrig, nachzusehen, ob derselbe nicht statt aus Tours aus Thon stammt, und deshalb habe ich mich an Dr. Wohlgeb. gewendet. Sie könnten vielleicht die Notizen, welche ich Ihnen über den Dokumentenfund gegeben habe, dem dortigen Copernicus-Verein mittheilen. In einigen Tagen werde ich mir die Ehre geben, sowohl Ihnen, als dem genannten Verein das kurze Refutum der Vorleistung, die ich vor der fgl. Deputation für vaterländische Geschichte gehalten habe, zuzusenden. In zwei bis drei Monaten wird mein Werk über Urceo gedruckt sein; in demselben handelt Kapitel VII. von Nicolaus Copernicus und speziell über seinen Aufenthalt in Bologna, und ich werde dort als Anhang die Dokumente abdrucken lassen. Genehmigen Sie cr.“

Die „Th. Ostd. Blg.“ bemerkt hierzu, daß sie nach der nächsten Sitzung des Copernicus-Vereins, die voraussichtlich am 8. Mai stattfinden wird, in der Lage sein wird, Genaueres mittheilen zu können. Der betreffende Johannes Mauroletus Museus dürfte nach der Ansicht dieses Blattes wahrscheinlich kein Thorner sein.

lichen Entscheidung des Hauses kam es nicht. Am 22. Februar 1874 endlich hat die Justizkommission eine Petition, welche nur in polnischer Sprache abgefasst war, lediglich aus diesem Grunde für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt. Bei dieser Lage der Vorentscheidungen stand die vierzehnte Kommission, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, die Frage der Zulassung fremdsprachlicher Petitionen nach den materiellen Gründen zu erörtern, da ja eine jetzt zu fällende Entscheidung nur nach Lage des gegenwärtigen Rechtszustandes ergehen könne, in diesem Zustande aber, wenn dieselbe Vorlage, zu der eben diese Petitionen eingegangen, Gesetz werden sollte, eine Aenderung bewirkt werde. Die Frage sei daher erst dann der prinzipiellen Erörterung zu unterziehen, wenn der in Rede stehende Entwurf zum Gesetze geworden sein würde, oder wenn seine Verwerfung feststehe. Die Frage habe auch im jetzigen Momente gar keine praktische Bedeutung, weil ja der Inhalt der nur in polnischer Sprache eingegangenen Petitionen in der noch größeren Anzahl der doppelsprachlichen Petitionen (deutsch und polnisch) gleichfalls vorhanden und vorgetragen sei. Die Kommission beschloß daher, unter Berwahrung dagegen, daß dieser Beschluss der Frage selbst jemals zum Präjudiz gereichen könne, im gegenwärtigen Falle die fremdsprachlichen Petitionen ebenso zu behandeln, wie die in deutscher Sprache abgefassten.

Lokales und Provinzielles.

Posen 20 April.

— Die Bemühungen des Magistrats, für unsere Stadt ein drittes königl. Gymnasium zu gewinnen, sollen als definitiv gescheitert zu betrachten sein, da der Unterrichtsminister neuerdings die Bedürfnisfrage verneint hat, indem er ausführte, daß das Marien-Gymnasium in seinen niedern und mittlern Klassen, und das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in seinen oberen Klassen für neue Schüler noch hinlänglichen Raum gewäre.

— Im bisherigen Interimstheater wird, wie man uns mittheilt, eifrig gearbeitet, um sowohl Bühnraum als Bühne zu renoviren. Die neuen Directoren, die Herren Nemeth und Haack, sind bereits hier eingetroffen. Dieselben haben, wie verlautet, ein vollständiges Schauspiel- und Operettenpersonal engagirt und eine größere Anzahl von Bühnenmöbeln behufs Aufführung in Posen erworben. Das Theater wird, wenn irgend möglich, schon am 30. d. oder doch nur wenige Tage später, mit der Salingerischen Posse „Die Reise durch Berlin in 80 Stunden“, welche in Berlin bereits über 90 Mal aufgeführt worden ist, eröffnet werden.

— Wir haben bereits mitgetheilt, daß die polnischen Chauvinisten aller Parteien den gegenwärtigen Zeitpunkt und die orientalischen Wirren, welche nach der Ansicht dieser Partei unfehlbar zum Kriege führen müssen, zur Ausführung ihrer bekannten Pläne für sehr geeignet halten. Nachdem wir einen hierauf bezüglichen Artikel des demokratischen und russenfeindlichen lembberger „Dziennik Polski“ mitgetheilt haben, liefert uns eine petersburger Korrespondenz des hiesigen „Dziennik“, welche die Angelegenheit indeß von einem anderen und zwar von einem russenfreudlichen, panslavistischen Standpunkte auffaßt, eine weitere Bestätigung dieser verschiedenen Bestrebungen. Die Korrespondenz knüpft an die Neuverungen einiger russischer Blätter an, welche eine Aussöhnung zwischen Russen und Polen befürworten, und führt dann folgendermaßen fort:

Die orientalische Frage, ich wiederhole es, ist der Grund, warum man hier (in Russland) eine Einigung mit den Polen wünscht. Diese Sache wird aus zwei Gründen gewünscht: erstens deswegen, um den Südslaven zuziehen, das Russland der wahrscheine Beschützer des Slaventums ist und jebad es nur bei einem Stamm einen guten Willen erblidt, ihn nicht unterdrücken, sondern ihm gestattet, sich auf nationaler Grundlage zu entwenden; zweitens aber deswegen, um durch eine Einigung mit Polen die Kräfte Russlands zu vermehren und aus den polnischen Ländern mindestens 100,000 Mann Soldaten auszuheben, welche dort wachen sollen. Daz Russland außerdem auf gute Dienste von unserer Seite rechnet — darüber ist nicht der geringste Zweifel vorhanden. Und in der That wenn aus der orientalischen Frage ein Krieg entstehen sollte, so könnten wir nicht neutral bleiben, wenn ich mich so ausdrücken darf — unsere Unthätigkeit wäre für uns eine Niederlage. Handeln muß man so viel man kann. Wir sind Slaven, dies entscheidet auch, auf welche Seite wir treten können. Es ist wahr, wir sind schwach, aber auch der Schwächste kann bei gutem Willen viel thun. Es ist Zeit, daß wir darüber Beschluss fassen, es ist Zeit die Sache wohl zu erwägen, denn die Ereignisse laufen schnell. In einigen Tagen wird Serbien und Montenegro ins Feld rücken, in einigen Wochen wird Russland ins Feld rücken und ein Feuerbrand fügt in weitem Umkreise verbreiten — und was werden wir thun? Bis jetzt haben wir nicht einmal das geringste Anzeichen von Sympathie kundgegeben. Ich spreche hier von unseren Ländern unter russischer Herrschaft. Die Russen haben dort Sammlungen für die Slaven veranstaltet, aber unsere Landsleute, statt diese Sachen aufzunehmen, bleiben bis jetzt gleichgültig. Ich wiederhole es, man muß ein Zeichen unserer Sympathie geben und befinden, daß wir uns zu der großen Familie der Slaven zählen.

— Vor der bereits angekündigten polnischen Broschüre des Propstes Sylvester Szuszczynski von Mogilno ist nunmehr der erste Theil in Königsberg (Verlag von Braun und Weber) erschienen. Das Werk führt den Titel: Kwestyje czasu z dziedziny kościola ocezione przez ks. Sylw. Szuszczynskiego (Zeitfragen aus dem Gebiete der Kirche beleuchtet von S. S.). Außer einer Vorrede enthält das Werk zwei Hauptabschnitte: O nieomylnosci rzymiskiego biskupa czyl papieza (Über die Unfehlbarkeit des römischen Bischofs oder Papstes) und: O celibacie czyl bezzenności ksieży katol. (Über den Ehelosigkeit oder die Chelosigkeit der kath. Priester). Das Werk, welches wir demnächst einer näheren Besprechung zu unterziehen gedenken, dürfte sich namentlich zur Verbreitung unter der polnisch-katholischen Landbevölkerung empfehlen, um dieselbe über die kirchlichen Zeitfragen zu belehren. Offenbar hat der Verfasser auch diese Kreise des Publikums ins Auge gefaßt, das zeigt die populäre Darstellung.

1. Der Kaufmann David Kantorowicz, einer der geachteten Mitbürgen unserer Stadt, ist nach kurzen Krankenlager am 19. d. M. im kräftigen Altersalter gestorben. Derjelbe hatte sich durch seinen ausgeprägten Bürgerstum, durch seine eifrige Tätigkeit in den verschiedenen Ehrenämtern, durch sein lebhafes Interesse für alle gemeinnützigen Bestrebungen, sowie durch seine genaue Kenntnis der Persönlichkeiten und Verhältnisse in dem Stadttheile jenseits der Schrotfabrik eine sehr einflußreiche Stellung errungen. Er galt gewissermaßen als der Vertreter und der Vertrauensmann der Schrotka, dieses entlegenen Stadttheiles und im Volksmund führte er sogar scherhaftweise den Titel des „Bürgermeisters der Schrotka“. Wo es galt, die Interessen dieses Stadttheiles wahrzunehmen, ging der selbe stets voran, und war unermüdlich darin, auf legalem Wege, durch Petitionen und Beschwerden, die Rechte seiner speziellen Mitbürgen zu vertheidigen, besonders wenn diese Rechte durch örtliche Anlagen und Festungsrayonbeschränkungen geschmälert wurden. Er war ein eifriger Mitglied des Rettungsvereins, und hatte eine beiderseitige Feuerwehr für die Schrotka organisiert, an deren Spitze er stand, und die gar oft bei Bränden in jenem Stadttheile schnelle und energische Hilfe geleistet hat, so daß eine weitere Hilfe aus dem Stadttheile am linken Warthe-

ufer nicht erforderlich wurde. Eine ähnliche erfolgreiche Tätigkeit entwickelte der Verstorbene überall, wo es sich um gemeinnützige Bestrebungen und um thakräftiges Handeln für das Wohl der Gemeinde Posen handelte. Die Beerdigung findet Freitag den 21. April d. M. Nachmittags statt.

— Die verstorbene Herzogin von Czernica - Pignatelli hat letztenwillig bestimmt, daß sie in der evangelischen Kirche zu Sagan in allen Stille, ohne jegliches Gebränge, beigesetzt werden soll. Die herzogliche Gruft befindet sich unter dem Thurme der dortigen evangelischen Gnadenkirche, deren Protektorin die hohe Frau gewesen ist. Die tödliche Todtentfernung soll erst dann erfolgen, wenn aus der Löbichauer Gruft auch die sterblichen Überreste der letzten Herzogin von Kurland und einer dort ruhenden Fürstin von Hohenlohe nach der herzoglichen Gruft in Sagan übergeführt sind. Nach der „Volks-Ztg.“ schätzte man die Hinterlassenschaft der Verstorbenen auf 17 Millionen Thaler. Der Erbe des Gutes Löbichau soll der General von Bösen, gegenwärtig Gouverneur von Berlin sein. Die andere viel beträchtlichere Hinterlassenschaft, als das Gut Löbichau, soll dagegen der Hauptstrecke nach (Abzug einiger Legate &c.) dem Prinzen Biron zufallen.

— In Schwarzenau (Czerniewo) hat sich bekanntlich am 25. v. M. ein ultramontaner polnischer Volksbildungsverein gebildet, welches Ereignis vom „Kurher“ mit einem wahren Jubelgefecht begrüßt worden ist. Da nun jeder Verein gesetzlich verpflichtet ist, innerhalb dreier Tage nach seinem Entstehen die Statuten und ein Verzeichniß der Mitglieder dem Magistrat der betreffenden Stadt zu übersenden, so schickte der Sekretär des ultramontanen Vereins, Herr Dr. Koperski innerhalb der erforderlichen Frist die betreffenden Schriftstücke an den Magistrat von Schwarzenau mit folgender polnischen Adresse: „An den wohlhabenden Magistrat von Schwarzenau, der sein Bureau in Czerniewo hat.“ Diese Adresse soll darin ihre Erklärung finden, daß der Bürgermeister von Schwarzenau, Herr Kunmer, in dem dicht an der Stadt gelegenen Dorfe Czerniewo wohnt. Herr Kunmer schrieb auf den unerbrochenen Brief, daß nach einer Verfassung der bromberger Regierung die Adresse lauten müßte „Magistrat Schwarzenau“ und gab dem Ueberbringer den Brief zurück. Hierdurch fühlten sich die ultramontanen Männer von Schwarzenau so gekränkt, daß sie sich zu einer Beschwerde entschlossen. Herr Dr. Koperski wandte sich demgemäß unter m. d. M. an den Landrat des Kr. Czerniewo mit einer Vorstellung, worin er aufführt, daß der Bürgermeister Kunmer dem Boten gedroht hätte, den Brief in den Schmutz zu werfen, falls er ihn nicht zurücknehmen würde. Unter Anderem führt der beschwerdeführende Herr an, daß keiner denken der Mensch (!) auf den Brief eine andere Adresse setzen können (!) Herr Koperski, der zugleich den erwähnten Brief an das Landratsamt als „Beweis“ überandte, bat schließlich, diesen Brief dem Bürgermeister amtlich zuzuschicken und ihn selbst (den Beschwerdeführern) darüber zu benachrichtigen, wie die Adresse an Herrn Kunmer lautete. Auf diese in polnischer Sprache abgefaßte Beschwerde erhielt Herr Koperski vom Landratsamt unter m. d. M. eine deutsch verfaßte Antwort, worin ihm mitgetheilt wurde, daß nach einer Verfassung der bromberger Regierung die Adresse lauten müßte „Magistrat Schwarzenau“. Zugleich wurde Herr Koperski aufgefordert, daß ihm wieder zurückgeschickte Schreiben an den Bürgermeister unter veränderter Adresse noch einmal einzufinden. — „Um den Volksbildungsverein nicht Prozeß auszufügen“ fügte sich nun Herr Koperski dieser Anweisung und schickte das Schreiben unter veränderter Adresse an den Bürgermeister. Doch gedenkt sich der unermüdliche Herr noch mit einer zweiten Beschwerde an „die höhere Instanz“ zu wenden.

— In Ostrowe, wo sich bekanntlich ein königl. Gymnasium befindet, gebietet der Magistrat, wie der „Kurher“ mittheilt, eine stadtische Mittelschule zu gründen.

— Die Nachforschungen nach dem Vikar Hertmanowski in der Parochie Cerekowice (Kr. Pleschen) wurden am Ende der vorigen Woche noch fortgesetzt. Am 15. d. M. wurden zu diesem Zweck von einer Anzahl Beamten auf dem Bahnhofe in Jarotzki in polizeiliche Recherchen ausgeführt, wobei die mit dem Bahnhofe angekommenen Reisenden angehalten und nach ihrer Legitimation gefragt wurden. Ein Beamter der hiesigen Bank Apolka, Potocki u. Comp. wurde von einem der reisenden Beamten der Polizei für den gesuchten Vikar gehalten, es gelang ihm aber, seine Identität nachzuweisen und dadurch der Verhaftung zu entgehen.

— Rawitsch, 19. April. [In der bewährten Tradition.] Allgemeine Freude hat es hier erregt, daß dem hiesigen Frauenverein durch den Herrn Oberpräsidenten eine jährliche Subvention von 200 M. zur Begründung einer Kinderbewahranstalt bewilligt ist und hofft man, daß nunmehr die Eröffnung dieser Anstalt, deren Errichtung seit Jahren angestrebt ist, in nächster Zeit erfolgen wird. Die Stirnung der verhütteten Stadträthlin Seidel, durch die eine Summe von 30,000 M. zur Begründung von Freitälern und Prämiens für Schüler der hiesigen Realschule bestimmt wurde, bedurfte in Folge des Uebergangs dieser Anstalt an den Staat einiger Modifikationen. Diese haben nunmehr die königliche Genehmigung erhalten und wird sich demgemäß das Kuratorium der Stiftung aus dem Direktor der Schule, dem Kreislandrath, dem ersten Richter der hiesigen Gerichtsbehörde, dem Beigeordneten der Stadt und einem von diesen Personen zu wählenden Notabeln aus der hiesigen Bürgerschaft zusammensetzen. — Aus dem Berichte des bisherigen Dirigenten der Fortbildungsschule Oberlehrer Dr. Behre entnehmen wir, daß diese Anstalt im Herbst 1873 als der Unterricht noch facultativ war, durchschnittlich von 5 bis 7 Schülern besucht war, während im März 1875 nach Einführung des obligatorischen Unterrichts die Zahl der Schüler auf 168 stieg. Der Bericht konstatiert auch, daß die frühere heftige Opposition vieler Handwerkmeister gegen den Schulzugang bereits erheblich nachgelassen und im innigen Zusammenhang hiermit auch in den letzteren Monaten v. J. die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Schule wesentlich leichter geworden ist. Eine nicht unbedeutende Anzahl von Lehrlingen hat die Schule weiter besucht, obgleich sie nach ihrem Alter Anspruch auf Dispensation gehabt hätten. Der Bericht hebt ferner die Notwendigkeit hervor, daß namentlich auf den Unterricht ebenso die sittliche Seite des Unterrichtes, wie die gewerbliche betont werde, und daß daher auf den Unterricht in der vaterländischen Geschichte und im Deutschen nicht verzichtet werden könne, ferner verlangt er die gezielte Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule im ganzen Staate, indem er richtig ausführt, daß gerade da, wo die Schule am nothwendigsten ist, der Widerstand der Meister am energischesten sein dürfte.

— Neisen, 19. April. [Feuer.] Vorgestern Abend um 10 Uhr brachte in Kloster die Scheune des dortigen Schmiedemeisters Müller ab. Kurz vor Ausbruch des Brandes wurde, so erzählt der Eigentümer der Scheune, an den Fensterladen geklopft, wonach die von uns vor Kurzem an dieser Stelle ausgesprochenen Vermuthung, daß die in Kloster sich wiederholenden Brände auf vorstößlicher Brandstiftung beruhen, an Sicherheit gewinnt.

(XX) Bromberg, 18. April. [Bericht der Stiftung Nationalbank. Bromberger Tageblatt.] Werkstatistarbeiter der Ostbahn. Nach dem Verwaltungsbericht der Stiftung „National-Bank für Betreuer“ für das Jahr 1870 bis 1874 betrug die Einnahme aus dem Kommissariate Kreis Bromberg in den Jahren 1870 bis inkl. 1874 einschließlich des Ende 1869 verbliebenen Bestandes 840 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf. Davon sind gezahlt worden im Jahre 1870 an 25 Empfänger 141 Thlr. 27 Sgr. 11 Pf.; 1871 an 25 Empfänger 168 Thlr. 27 Sgr.; 1872 an 24 Empfänger 157 Thlr. 6 Sgr.; 1873 an 20 Empfänger 130 Thlr.; 1874 an 20 Empfänger 128 Thlr. 6 Sgr. 2 Pf. Die Verwaltungskosten betragen im Ganzen 22 Thlr., so daß Ende 1874 ein Bestand von 92 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf. verblieb. An hilfsbedürftigen Kriegern aus den Jahren 1813/15 sind noch sechs vorhanden. Seit Ende Oktober v. J. erschien bier selbst im Verlage und unter der Redaktion von A. Mill der „Bromberger Tageblatt-Anzeiger“ und zwar täglich. In der letzten Nummer heißtt die

Expedition dieses Blattes mit, daß eingetretener Umstände wegen der „Anzeiger“ vom Beginn dieser Woche ab nur zweimal wöchentlich erscheinen wird, ohne den Abonnementspreis herabzusetzen. — Mit dem Beginn dieses Jahres sind eine Menge Werkstattarbeiter der Ostbahn entlassen worden. Die Zahl derselben betrug mehrere Hundert. Man wundert sich allgemein über diese Maßregel und bewundert die Leute, die so plötzlich brodlos wurden. Einen Grund für diese Maßregel konnte man nicht finden, da die Arbeiten eher zu als abgenommen hatten. Es stellte sich aber heraus, daß man durch diese Entlassungen nur eine Lohnermäßigung herbeiführen wollte, denn es sind nach und nach wieder Arbeiter eingestellt worden, aber mit einem geringeren Lohn. ferner hat man den älteren Arbeitern ebenfalls den Lohn ermäßigt. Die ganze Maßregel läuft hiernach auf eine Sparmaßnahmen hinaus.

Das Reglement zu §. 60 des Biehseuchen-Gesetzes vom 25. Juni 1875 und die Veranlagung zur Biehsteuer.

Bekanntlich wurde die Ausführung des §. 60 des Biehseuchengesetzes, d. h. die Bildung einer Biehseuchervereinigung gesellschaft für gegenwärtige Biehseuchen in Posen überlassen, der hierzu ein Reglement erließ, welches auch die ministerielle Bestätigung gefunden hat. Dies Reglement hat hier namentlich deswegen zahlreiche Gegner gefunden, weil es einen Gesamtverband aller Biehbesitzer unserer Provinz bewirkt und eine gleiche Biehsteuer für sämtliches Vieh feststellt, d. h. für das wertvolle Pferd des Rittergutsbesitzers oder für das theure Rindvieh desselben eine gleiche Versicherungsquote bestimmt wie für den magere Klepper oder die elende Kuh des armen Landmannes. In Folge dessen macht sich eine Bewegung gegen das Reglement des Provinziallandtags gelöst, welche in einem uns eingefunden und in Nr. 16 unseres Blattes veröffentlichten Artikel einen sehr deutlichen Ausdruck fand. Der Zweck dieser Bewegung läuft vor Allem darauf hinaus, den nächsten Provinziallandtag zu einer Aenderung des betreffenden Reglements zu veranlassen und namentlich nicht die Bildung eines Gesamtverbandes, sondern die Errichtung desselben in zwei oder drei Landkreisen, in welche dann die einzelnen Biehbesitzer (und zwar vornehmlich die Rittergutsbesitzer im Gegenjag zu den bürgerlichen Biehbesitzern) nach dem Werthe des von ihnen gehaltenen Viehs eintreten sollen. Die Beiträge zu der Biehversicherung, d. h. die sogenannte Biehsteuer soll nicht der Stützpunkt des gehaltenen Viehs sondern nach dem Gelde wert derselben normirt werden.

Diese Bestrebungen haben jetzt auch im Kreise Pleischen Boden gefaßt, wo 16 Ortsvorstände vereinigt und unterm 11. Februar d. J. an den Vorstand des Provinziallandtags ein Gesuch gerichtet haben, welches folgenden Wortlaut hat:

Einen Wohlgebürgten Vorstand des Provinzial-Landtages erlauben wir uns hochgeneigt gegen das Reglement des Gesetzes vom 25. Juni 1875 über laut §. 60 die Veranlagung der Biehsteuer nachstehendes Reklamations-Gesuch gehörig zu unterbreiten. Durch benannte Reglement, die Veranlagung der Steuer betrachten wir uns als hoch überbürdet, da doch der Werth des Viehs sowie der Pferde der großen Gutsbesitzer im hiesigen Kreise, sowie Provinz im Verhältniß zu den Landgemeinden ein höherer als ein doppelter bezeichnet werden kann. Beantragen wir unterzeichneten gehorsamst bei unserem Provinzial-Landtags-Mitgliedern zu bewirken, daß die Landgemeinden im Besitz unter 200 Mrg. in Unterverbände zu regeln, und deren Beitrag des Kreises für gefallenes Vieh unter sich zur Vertheilung gelangen zu lassen. Wir erachten dadurch eine reelle Gleichmäßigkeit der Steuer im hiesigen Kreise, und würden uns durch die Anerkennung und Beziehung unseres Gesuches ganz anerinnern und befriedigend erachten. Mehreres über dieses Reglement zu erörtern, gereicht uns hierin nicht mitzutheilen, im Uebrigen erlauben wir uns mitzutheilen, daß wir in Nr. 16 der Beilage der Posener Zeitung teilweise vollkommen bestimmten.

V. G. II.

Die Orts-Vorstände: Fischer-Rothendorf, Maliske-Grünewiese, Schulz-Eulendorf, Hartmann-Neudorf, Feige-Gutehoffnung, Fürstliche-Ludwina, Biadala-Polskie, Solarczyk-Broniszewice, Krysztofice-Piekary, Grzesiat-Baranow, Kwasniewski-Protow, Garzko-Pacanowic, Olejniczak-Persie, Michalak-Lubomir, Wojtonak-Kozlow, Grzeck-Nowotow.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Märkisch-Posener Eisenbahn. Nach dem Geschäftsbericht der Märkisch-Posener Eisenbahn wurden im vergangenen Jahre auf der Bahn 688,531 Personen und 397,429 Tonnen Frachtgüter, 7080 Personen und 101,544 Tonnen mehr als im voraufgegangenen Jahr, befördert, wofür in Summa 2,863,834 M. oder 263,917 M. mehr als im Jahre 1874 vereinnahmt wurden. Von der Gesamteinnahme aus dem Transportverkehr pro Kilometer und Jahr kommen auf den Personenverkehr den Güterverkehr den

pro 1871:	2442 Mark	2649 Mark
= 1872:	3063 =	3726 =
= 1873:	2687 =	5283 =
= 1874:	3821 =	5730 =
= 1875:	3943 =	6605 =

Den Transport-Einnahmen treten 182,336 M. Nebeneinnahmen hinzu, ferner die Gebühren für die Depotsbeförderung &c., so daß sich unter Hinzurechnung des Vortrags aus 1874 mit 2610 M. eine Gesamteinnahme von 3,110,790 M. ergibt. Die Ausgaben befreien sich auf 1,777,225 M. und verteilen sich wie folgt: allgemeine Verwaltung: 177,291 M., Bahn-Verwaltung 602,670 M., Transport-Verwaltung 973,918 M., Restausgaben 23,345 M.; von den Einnahmen wurden 57,1 Proz. gegen 64,8 Proz. im Vorjahr durch die Betriebsausgaben absorbiert. Noch günstiger erscheint das Verhältniß der Ausgaben zu den Einnahmen, wenn man erwägt, daß aus Konkurrenzrätschen im Güterverkehr mehrfach Tarifermäßigungen notwendig würden, und daß das Gewicht der beförderten Güter von 298,315 Tonnen im Jahre 1874 auf 407,969 Tonnen im Jahre 1875, mitin um 37 p.C. gestiegen ist. Der von den Gesamt-Einnahmen nach Abzug der Betriebsausgaben und Restzahlungen mit zusammen 1,801,989 Mark verbleibende Überschuß von 1,308,900 Mark hat in folgender Weise Verwendung gefunden: zur Verzinsung der Prioritätsanleihe 150,000 Mark, Rücklagen in den Reserve

190 M., Hafser fester, 155—168 M., Mais 130—140 M., Erbsen Mehl u. Futter 150—160 M. Alles pr. 1000 Kilo. Weizenmehl Nr. 00 33,00 M., Nr. 0 31,00 M., Nr. 1 28,00 M., Roggenmehl Nr. 0 25,00 M., Nr. 1 24,00 M. pr. 100 Kilo.

Vermischtes.

* Berlin, 18. April. Wie man hört, war der Einbruch bei der jetzt ermordet vorgefundenen Witwe Lissauer, geb. Kernfeld, nicht der erste, den bei dieser unglücklichen verübt wurde. Schon vor einigen Jahren haben Diebe diese Frau in ihrer Abwesenheit heimgesucht und ihr damals u. a. eine almodische goldene Spindeluhrtres verstorbenen Mannes gestohlen. Auch die Thöter dieses Diebstahls sind bis heute unentdeckt geblieben und es ist nicht unwahrcheinlich, daß die damaligen Thäter und diejenigen Mörder identisch sind. Es ist übrigens in der Stadt das Gerücht verbreitet, daß die Mörder der Witwe Lissauer in drei Kellern von der Kriminalpolizei verfolgt werden. — Im "N. B. Tagebl." erzählt Malermeister Kaiser einen Vorfall, welcher den städtischen Behörden Anlaß zu einer gesündlichen und energischen Untersuchung geben sollte. Es handelt sich um einen Arbeiter, welcher bei einem Baue schwer verletzt worden war. Nachdem zwei Aerzte als Besorgniß, sie würden für ihre Mühe nicht honoriert werden, den Unglückschen nur oberflächlich untersucht und kalte Umschläge empfohlen hatten, ordnete endlich Sanitätsrath Dr. Hilt die Überführung nach dem städtischen Krankenhaus im Friedrichshain an. Dort langte man mit dem Schwerverletzten gegen Mitternacht an. Inspektor und Portier sahen in den Wagen, erklärten den Mann für tot und schickten ihn nach dem Obduktionshause. Dr. Kaiser und Dr. Maurermeister Schipan brachten den angeblich Toten dahin, um hier zu erfahren, daß er noch lebe. Man schickte schleunigst nach der Charité, es kam ein Oberarzt auch bald an, der jedoch weiter nichts konnte, als dem Sterbenden die Augen zuzudrücken. — Das durch seine unglückselige Leidenschaft für den Schwefeläther unter der Bezeichnung "Aetherfrise" in ganz Berlin bekannte Individuum ist am Sonnabend dem Polizeirichter wegen Obdachlosigkeit vorgeführt worden, der ihn in Anbetracht der vielfachen unruhigen früheren Verwarnungen mit sechs Wochen Polizeihafte belegte und außerdem seine Überweisung in das Arbeitshaus verfügte.

* Aus Traube's Leben erzählt die "Volks-Ztg." aus Berlin nachstehende ergötzliche Anekdote: "Wie alle Männer, die den Berufspflichten ihre ganzen Kräfte weihen, gab Traube wenig auf Ausgerüstschaften. So kam es, daß ihm im vorigen Jahren ein Verwandter auf die schlechte Verfassung seines Paletots aufmerksam machte und ihm einen Militärschneider empfahl, der Künstler in seinem Fach, nur ausnahmsweise Kunden aus der bürgerlichen Sphäre bediente. Traube besuchte den Meister und bat ihn, ihm den alten Paletot gütigst stilken und einen neuen annehmen zu wollen. „Auf Flickarbeiten“ sagte der Schneider von der Höhe seines Sitzes herab, „las ich mich schon gar nicht ein und dann“, fügte er mit vornehmem Nasenrumpfen hinzu, „nehme ich nur noble Kunden an.“ Der Geheimen Medizinalrath verließ ohne ein Wort der Erwiderung das Lokal und als sein Verwandter ihn wieder begegnete und sich wunderte, daß er immer noch den defekten Paletot trage, erklärte er, daß der Schneidermeister seine Kundshaft, als unnobel verschmäht habe. — Wie konnten Sie den Geh. Medizinalrath Traube so grob behandeln", fuhr der Ver-

wandte den Schneider an, als er bei diesem vorsprach. „Das war Traube?“ rief dieser entsezt und ließ die Scheere fallen. „O Gott und ich! Ich hielte den für einen Schwörer. Na, das hat mir gerade gefehlt, nun wollte ich den Mann seit Wochen wegen meines Herzübers konsultieren, er kommt zu mir und ich weise ihn ab. Das ist eine schöne Geschichte. Nun sitz ich da mit dem frustrierten Herrn und Traube mit dem alten Paletot.“ Nach langem Besinnen begab sich unser Schneidermeister zu dem verschmähten Kunden und flehte ihn an, er möge ihm verzeihen und ihm gestatten, daß er Platz nehme; gleichzeitig gestand er, wo ihn der Schuh drücke. „O, lassen Sie alle Entschuldigungen“, hentzte Traube lächelnd. „Ihnen sitzt das Herz näher als mir der Paletot und zum Glück beschäftigte ich mich zeitweise mit Flickarbeiten.“

* Mittmeister a. D. v. Buttammer. Neben den aus der Anstalt Maison de santé in Schöneberg, entwickelten Mittmeister a. D. v. Buttammer, über welchen wir seiner Zeit berichteten, wird nun weiter mitgetheilt, daß derselbe nebst dem ebenfalls entwickelten Fabrikanten Schmidt über Dresden zunächst nach Eger ging. Wahrscheinlich war nun der Berliner Polizei von einem Beamten der Pensionstrasse die Adresse mitgetheilt worden, und es wurden durch den Amtsvoirsteher von Schöneberg zwei Wärter aus dem Maison de santé nach Eger geschickt, die den Auftrag hatten, v. Buttammer zurückzubringen. Da dieser sich aber nicht freiwillig ergab, so wurde die Angelegenheit dem Statthaltereirath v. Zeileisen unterbreitet, der nun war die Auslieferung v. Buttammer's an die beiden Leute verweigerte, dagegen aber die Ausweisung v. Buttammer's verfügte, die insfern noch eine Beschränkung erfuhr, daß v. Buttammer nicht hingehen konnte, wohin er wollte, sondern per Schub auf preußisches Gebiet gebracht werden sollte, wo er dann von den beiden Leuten, die sich dem Transport anschließen wollten, verhaftet werden sollte. Dieser Eventualität wollte v. Buttammer auf alle Fälle ausweichen, und er beschloß daher, als die Transporter ihn abholten, nochmals persönlich mit dem Statthaltereirath zu sprechen und um Zurücknahme des Befehls zu bitten. Dieselben geleiteten ihn auch zur Wohnung dieses Herrn; er traf ihn aber nicht zu Hause, und da die Zeit drängte, beschloß er, den vor der Boderthür des Hauses stehenden Beamten zu entfliehen. Er lenkte seine Schritte nach dem Hofe, wo zufällig die Thür zum Garten durch ein Mädchen geöffnet wurde. Schnell ging er in den Garten, stieg über einen niedrigen Gitterzaun und war frei. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten gelangte v. Buttammer zu Fuß nach Frankensbad und bestieg dort die Eisenbahn, auf der er schließlich über München den freien Boden der Schweiz erreichte. Aber auch hier sollte er noch nicht unbehelligt bleiben; das Polizei-Präsidium von Berlin hatte vermutlich durch die Post, welche die Korrespondenz des Geflüchteten mit seiner Familie vermittelte, erfahren, daß v. Buttammer seinen Aufenthalt in Zürich genommen, und richtete an den zürcher Polizei-Präsidenten ein Schreiben, in welchem v. Buttammer als ein gemeinfährlicher, dem Irrenhause entsprungener Mensch gefürchtet wurde, damit dessen Ausweisung veranlaßt werde. Der dortige Polizei-Präsident Biez holte sich jedoch zunächst Auskunft beim Professor Temme, der sich v. Buttammer's freundlich angesehen hatte und dem Beamten genügende Aufklärung gab, um den ungehinderten Aufenthalt des Geflüchteten zu sichern.

* Aus Dresden, 11. April, wird geschrieben: Zu dem Nachlaß des im Februar dieses Jahres zu Breslau als der Letzte seines Namens verstorbenen Grafen Moritz v. Wylich und Lottum hat

das hiesige Gericht den Konkurs eröffnet. Graf Lottum war bekanntlich der ältere Bruder des Fürsten Wilhelm zu Putbus und der eingentliche Erbfolger im fürstlichen Fideikommiss, ward aber vom Großvater, dem Fürsten Malte zu Putbus, schon in seinem 14. Lebensjahr mit Genehmigung des Königs von Preußen in Gunsten des jüngeren Fürsten, seines vorhin genannten Bruders, der Erstgeburtstrechte entzest, in Folge dessen Letzter 27. September 1860 seiner Großmutter, der Fürstin Louise, folzedire. Trotz einer sehr anständigen Apanage, die ihm von diesem ausgegeben worden, kam Graf Lottum als Verchwender ersten Ranges nie aus, sondern machte überall, wo er sich aufhielt, also auch während seines mehrjährigen Lebens und Treibens in Dresden gestützt auf den Namen seines Bruders, bedeutende Schulden. So sollen in Brüssel und Washington, wo er eine zeitlang der deutschen Gesellschaft attachirt war, noch Schulden im Betrage von circa 200 000 Mark (darunter ein Anspruch des Reichsantritts-Amtes im Betrage von 45,000 Mark) ungedeckt sein. Hier in Dresden belaufen sich die Schulden auf circa 90 000 Mark, zum Theile entstanden durch Waarenlieferungen zum Theile durch Wechsel. Da nun Fürst Putbus die seinem Bruder im Laufe der Jahre vorgestreckten 900,000 Mark als Forderung an den Nachlaß geltend machen will, die freie Konkursmasse aber sehr geringfügig ist, so dürften die Gläubiger völlig leer ausgehen, falls die Familie des Grafen — es leben noch die Mutter und eine Schwester — nicht intervenirt.

Briefkasten.

N. N. Posen. Sie finden die Beantwortung Ihrer Frage in Bezug auf den Silberthaler unter der Rubrik Berlin in dieser Nummer.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 20. April. Der "Nord. A. Zeitung" wird aus Wien gemeldet: Alle Befürchtungen betreffs einer ernsteren Friedensgefährdung im Orient sind, wie aus zuverlässigster Quelle versichert werden kann, völlig unbegründet.

Wien, 20. April. Die "Politische Correspondenz" schreibt: Die Berathungen der beiderseitigen Regierungen führten in manchen wesentlichen Punkten zu einer Verständigung; in anderen Punkten konnte bisher eine Vereinbarung nicht erzielt werden. Bevor aber eine endgültige Entscheidung erfolgen kann, haben die Minister Ungarns es für nothwendig gefunden, nach Pest zurückzukehren, um mit ihren Parteigenossen sich in Einvernehmen zu setzen.

Musik-Institut.

Der Coursus beginnt Montag den 24. Anmeldungen werden angenommen Bergstraße 15, 1. Etage. C. Belsch.

Bekanntmachung.

Nr. 665/76 IIIa.

Posen, den 17. März 1876.
Die im Kreise Breslau belegene Königliche Domäne Alt-Kloster mit den Nebenwerken Uppigke und Mauché, 2½ Meilen von der Kreisstadt Wollstein entfernt und in gleicher Entfernung (3 bis 4 Meilen) von den Eisenbahnhäusern Fraustadt, Alt-Bojen, Bentschen und Borsig gelegen, soll nebst Brennerei, Ziegelei und Dorfstich auf achtzehn Jahre und zwar von Johannis 1876 bis Johannis 1894 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden, wozu wir einen Termin auf

Freitag,

den 12. Mai d. J.

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Sitzungszimmer anberaumt haben.

Das Areal der genannten 3 Vorwerke enthält an:

Acker . . .	571,181 Hectar
Wiesen . . .	458,994 do.
Weiden . . .	159,452 do.
Holzungen . . .	3,671 do.
Wasserfläche . . .	0,814 do.
Ofräume . . .	10,425 do.

Summa 1,204,537 Hectar,

Das festgestellte Pachtgelder-Minimum beträgt 18000 Mark. Die Pachtfaulung ist auf 6000 M. und der Werth des Vieh- und Wirtschafts-Inventars, mit welchem die Pachtfläche besetzt zu halten sind, auf 60,000 M. festgesetzt.

Jeder, der sich beim Bieten betheiligen will, hat sich vor dem Termine bei dem Licitations-Kommissarius über den Gegenstand der Pachtfläche zu melden und darf nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

6. Mai d. J. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der geplanten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Bekünden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals auf den 25. April d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissiar des Konkurses im Gerichtszimmer Nr. XI. zu erscheinen.

Wer seine Annahme schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Annahme seiner

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Posen,

I. Abtheilung,

den 10. April 1876, Mittags 12 Uhr. Über das Vermögen des Kaufmanns Franz in Firma Jack Kay zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 17. Februar 1876 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Agent Samuel Haeisch hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefördert, in dem

auf den 25. April d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissiar des Konkurses im Gerichtszimmer Nr. XI. anberaumt

Termin ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters eventuell einzubringen.

Zu dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Adolf David, John hier selbst, hat der Kaufmann S. Bischlinski in Posen nachträglich eine Forderung von 43 Mark 80 Pf. ohne Vorrecht angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf

den 28. Juni 1876, Vormittags 9 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der notwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Reinertfrage von 1666,64 Thlr. und mit einem Nutzungsvertrag von 776 Thlr. zur Grund- resp. Gebäudeversteigerung veranlagt worden und entfällt am 20. Juli 1876.

Posen, den 18. April 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Abtheilung für Strafsachen.

Subhastations-Patent.

Das im Kreise Mogilno belegene Rittergut Dujno nebst Zubehör, der verwitweten Frau Emilie Wehr gehörig, soll im Termine

den 28. April 1876, Vormittags 9 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der notwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Reinertfrage von 1666,64 Thlr. und mit einem Nutzungsvertrag von 776 Thlr. zur Grund- resp. Gebäudeversteigerung veranlagt worden und entfällt am

20. Juli 1876.

Der Konkurs-Kommissarius.

Submission.

Die Lieferung von 100 Tonnen Stettiner Portland-Cement für den Bau des Königl. Kollegialgerichtes hier selbst soll in öffentlicher Submission am

Mittwoch, 26. April, Vormittags 10 Uhr;

desgleichen die Lieferung von 30 Stück glasfaserne Dachfenstern am

Mittwoch, 26. April, Vormittags 11 Uhr,

im Baubureau, Magazinstraße Nr. 4, vergeben werden, wofür die Bedingungen zur Einsicht ausliegen, und die verschloßenen und mit entsprechender Aufschrift versehenen Offerten

rechzeitig einzureichen sind.

Posen, den 19. April 1876.

Der Bau-Inspektor.

O. Hirt.

Posen-Grenzburger Eisenbahn.

Vom 20. April c. ab tritt zu dem gemeinschaftlichen Tarif für gebrannte Kali und Kalfsche vom 30. Juni 1875 ein Nachtrag mit ermäßigt

den Frachträgern von Scharlen in Kraft.

Breslau, den 17. April 1876.

Direction der Oels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft.

Direction der Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmann Kasimir Borowski zu Breslau hat nachträglich die Handlung Hirshfeld und Theune in Stettin eine Waarenforderung von 2023,70 Mark ohne Beanspruchung eines besonderen Vorrechts für den Fall angemeldet, wenn ein mit dem Gemeinschuldner ihresgleichen geschlossenes Rechtsgeschäft mit Erfolg von der Konkursmasse angefochten werden sollte.

Zur Prüfung dieser Forderung ist ein Termin auf

den 19. Mai 1876,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Konkurskommissarius Ter-

minsnummer Nr. 8 angesetzt, wovon die Gläubiger, welche Forderungen ange-

meldet haben, in Kenntniß gesetzt we-

den.

Grätz, den 8. April 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Konkurs-Kommissarius.

Großherzoglich-Sächsische Landes-

Verwaltung zu Breslau.

Bei der Kreis-Kasse zu Chodschens

wird vom 1. Juni c. ab, die erste Bu-

reaugelassenen Stelle mit einer Remuner-

ation von 900 Mark. und bei Fleisch

und Verstärkung mit einer solchen von

1000 Mark jährlich vacant. Reflektan-

ten wollen sich melden.

Ein
Mühlengrundstück,
bestehend aus ca. 280 Morgen Land,
incl. 16 Morgen Wiesen und einer
Wassermühle mit 2 Mahlgängen und
16 Fuß Gefälle ist aus freier Hand
gegen eine Anzahlung von 4000 Thaler
zu verkaufen. Hierauf bestehende be-
lieben sich zu melden beim Lehrer
Bensch in Birke.

Bur Nachricht!
Königliche
Präparanden-Anstalt
zu Mejeritz.

Der Unterricht beginnt am Montag
den 1. Mai. 8 Uhr Vormittags. Die
Jünglinge der Königlichen Präparanden-
Anstalt zu Paradies haben sich am
Freitag den 28. und Sonnabend den
29. April in meiner Wohnung, Pöse-
ner Vorstadt Nr. 271, zu melden.
Der Königliche Präparanden-
Anstalts-Vorsteher:

Jenike.

Marienbad
in Böhmen (Bahnstat.).

Versendung der Mineralwässer und
Quellenprodukte, als: der weltbekannte
Glauberwasser Kreuz- und Fer-
dinandssprudel, der Waldquelle,
(gegen Kartarrh der Uthmungorgane),
der Rudolfsquelle (gegen Krank-
heiten der Harnorgane), des Brun-
nenfasses, der aus demselben bereiteten
Pastillen und des Mineral-
mooses, welcher an Eisengehalt von
keinem andern übertrifft wird. Die
Füllung und Versendung der Mineral-
wässer findet nur in Glasboten zu
½ Liter statt. (Große Flaschen
finden nur so lange zu haben
als der geringe Vorrath reicht.)
Brunnenbriefen und Gebrauchsanwei-
sungen sind gratis zu beziehen von der
Brunnen-Inspektion.

Ein junges Mädchen, welches eine
höhere Töchterschule besuchen
soll, findet in einer gebildeten Irs. Fa-
mille unter soliden Bedingungen liebe-
volle Aufnahme und Nachhilfe in allen
Schulgegenständen; auch wird daselbst
auf Wunsch Klavierunterricht ertheilt.
Näh. in der Exped. d. Blt.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse haben begon-
nen. Specielste Berücksich-
tigung der erhöhten Anfor-
derungen
Posen, Pauli-Kirchstr. 5, 2 Tr.
Dr. Theile.

Fröbel'scher Kindergarten
mit
höherer Töchterschule,
Wilhelmsplatz 16, I. Etage
(Mündauer).

Die Spielbeschäftigungen in mei-
nem Kindergarten für kleine Knaben
und Mädchen von 3—6 Jahren, sowie
der Unterricht in meiner Töchterschule
beginnen wieder.

Montag, den 24. April.

Anmeldungen hierzu, wie auch zur
Aufnahme von Pensionärrinnen und
Halbpensionärrinnen nimmt entgegen

Friederike Aarons.
Posen, d. 13. April 1876. [W. 471]

Eine geübte Schneiderin empfiehlt
sich den gebrachten Herrschaften in und
außer dem Hause, übernimmt auch zu
gleicher Zeit das Ausbessern. Thor-
straße 13 bei Frau Kullinska.

W. Kerber,
Posen, Gr. Gerberstraße 15,
empfiehlt zur gesl. Beobachtung den
Herren Gutsbesitzern, Beamten und ge-
ehrten Publikum sein **Central-**
Nachweisungs- und Vermittlungs-Bu-
reau aller Branchen. **Wohnungs-**
Nachweis- u. Annoncenbureau,
sowie **Waaren Kommissions-**
Haus. Habe stets Rittergüter, Vor-
werke, Häuser, Geschäfte, Restaurants
zum Verkauf oder zu vermieten, auch
werden bei mir sämml. Waaren-Arti-
kel ic. in Kommiss. z. Werk genommen. u.
schnell und prompt effektuirt.

Mein Magazin für
Haus- u. Küchengeräthe
habe von Markt 55 nach
Neue Straße 4.
verlegt.

Moritz Brandt.

Ein Schaukasten
für Kurzwaren wird zu lau-
fen gesucht Breslauerstr. 4.

Das der Deutschen Holz-Industrie-Gesellschaft in
Liqu. zu Landsberg a. W. gehörige Etablissement, bestehend aus:
einer **Schneidemühle** mit 4 Gattern und dazu gehörigen Kreissägen,
einer **Fabrik für Bautischlerei und Parquet-**
fabrikation mit allen irgend erforderlichen Maschinen
bewährtester Konstruktion,
einer **Schlosserei nebst Schmiede**, sowie Wohn-
häusern, Trockenräumen, Stallungen, Dampfmaschinen, Kesseln, kompletten Werkzeugen und Utensilien,

soll freiändig unter den vortheilhaftesten Bedingungen verkauft werden.
Die vorzügliche Lage direkt am Warthestrom und an der Eisen-
bahn, sowie die im neuesten Styl ausgeführten Gebäude, mit Wasser-
leitung, Dampfheizung und Gas versehen, machen das Etablissement
ganz besonders wertvoll und laden den Kaufliebhaber zur Besichti-
gung ein. Nähre Auskunft in unserem Bureau zu **Landsberg**
a. W., sowie in Berlin bei Herrn Rosenthal & Nahmacher,
Holzmarktstraße 65, indem müssen sich geehrte Reisefanten bis spä-
testens 25. April e. melden, um der Besichtigung sicher zu sein.

Deutsche Holz-Industrie-Gesellschaft
in Liquidation
zu Landsberg a. W.

Bukarester 20 Frs.-Prämien-Scheine,
Ziehung 1. Mai, Haupttreffer 100,000, 50,000, 40,000,
25,000 Frs., verkauft à 18 Mark p. Stück

Filiale Leopold Weiss,
Wilhelmsstraße 17.

Gusseiserne Röhren
mit Muffen und Flanschen, für Gas, Wasser und Leitungen aller
Art, nebst allen Fäcons, hält stets vorrätig und empfiehlt

Die Röhrenfabrik von **Albert Hahn,**
Düsseldorf a. R. u. Berlin O., Schillingstraße 12—14.

Echt engl. Rye grass
in Original-Verpackung, Klee-
und andere Sämereien offeriert
Manasse Werner.

Mein Riesen-Runkel-
rüben-Samen ist ausver-
kauft. **C. Heinze**
in Glecko.

20 Stück Mastvieh
stehen auf dem Dominium
Dombrowo bei Janowiz
zum Verkauf.

Eine dänische Dogge, 1½ Jahr
alt, ist zu verkaufen St. Martin Nr. 19
zu erfragen im Laden daselbst.

Für Damen!
Seinlängen, Strümpfe,
Extremadura-Baumwolle,
Corsettes, Schürzen,
sowie sämmtliche Kurzwaren-Artikel zu
billigsten Preisen bei

Wild. Neuländer,
Markt 60, Ecke der Breslauerstr.
Den Alleinverkauf der patentirten

Hart-Gummi-Billard-
Bälle
haben wir unserer Billard-Niederlage in
Posen, Bismarckstr. 1, übergeben.

J. Neuhausen,
Billardfabrikant.

Billard-Tüche
in bester Qualität ca. 190 Ctm. breit,
von 7 Mark p. Elle an, empfiehlt die

Guthandlung
von
Landsberg & Kornicker,
Markt- u. Wasserstr. Ecke 52.

Sonnenschirme,
Promenadenfächer
in großer Auswahl bei

Wild. Neuländer,
Markt 60, Ecke der Breslauerstr.

Ein fast neues Kühl Schiff von 2500
Liter Inhalt, sowie 3 Bottige einer
Brauerei stehen in Samter billig zum
Verkauf.

Näheres in Posen bei **Daniel**
Mottet, Schuhmacherstr. 3.

2 Wagen.
Eine Doppelkalesche und 1 Cyk.
beide hoch elegant, fast neu, sind
wegen Aufgabe des Fuhrwerks, beim
Wirth, Mühlenstr. 26, zu verkaufen.

Ein messingenes
Papagei - Gebauer
wird zu kaufen gesucht Bres-
lauerstraße Nr. 4.

Ein messingenes
Bier Zimmer, Küche und
Zubehör zu vermieten vom
1. October er. Sandstr. 10.



Stettiner Pferde-Lotterie.

Ziehung am 27., 28. und
29. Mai 1876.

5 Hauptgewinne, bestehend in
fünf eleganten Equipagen;
60 Reit- und Wagenpferde,
30 elegante zwe- und ein-
spännige Gesirre, Reitsättel
Sattelzeuge etc.

Loose à 3 Mark sind in
der Exped. d. Posener Zeitung
zu haben.

Zum 1. Juli er. ist die Souterrain-
Wohnung St. Martin Nr. 18, in wel-
cher bis dahin ein Fleischgeschäft be-
trieben, anderweitig zu vermieten.

Ein fein möbl. Zimmer ist billig zu
verm. Ecke der Gr. Gerber- und Do-
minikanerstr. Nr. 1, 3 Tr.

Ein j. Mann findet in einer an-
stoss. Familie Wohnung und Pension
Näheres Markt Nr. 10 1 Tr.

Für das konzessionirte Gefinde-Ver-
mietungs-Comptoir in Friedrichsfelde
bei Berlin, Berlinerstr. 58, werden
Agenten resp. Vermietshäusler unter
günstigen Bedingungen gesucht, welche
Mädchen zum Vermieten für dasselbe
enzagieren.

B. Helbig.

Ein im Polizeiwesen gesuchter
zuverlässiger Gehilfe findet dauernde
Stellung. Gehalt nach Nebeneinkunfts-
fuer.

Bronle, den 20. April 1876.

Ottersohn.

Bürgermeister u. Dist. Kommissarius.

Ackerwirth,

poln. spr. unter spez. Leitung des Prin-
cipals, findet sofort oder sobald Stellung
auf dem Dom. Strzegow bei Stalmie-
szewice.

Zum 1. Juli c. wird ein thätiger,
ordentlicher, beider Sprachen mächtiger,
unverh.

Wirthschafts-Inspecteur,
unter Leitung des Principals zu enga-
giiren gesucht; bei 360 Rm. und fr. Station.
Gute Zeugnisse erforderlich. R. J. postlagernd Klepto.

Das Majorat Sobótka b. Pleśchen
sucht zum 1. Juli einen deutschen, der
polnischen Sprache mächtigen Hof-
und Speicherhövdigt, der lesen und
schreiben kann, bei hohem Gehalt.

Ein tüchtiger deutscher, unverheiratheter

Müllerjejelle
wird zum 1. Juli 1876 gesucht vom
Dom. Chludovo bei Posen.

Zum sofortigen Antritt kann sich eine
ältere deutsche Wirthin, welche polnisch
spricht und der Küche vorstehen kann.
Montag Nachm. i. Posen b. f. W. Me-
nus, Markt 56 melden. Lohn 120
Mark p. a

Junge Mädchen, welche die Frö-
bel'sche Kindergärtnerin erlernen wollen,
finden in einem eigens hierzu einge-
richteten Kursus, sowie auch praktisch
in meinem Kindergarten hierzu Gele-
genheit [W. 472]

Fr. Aarons,
Wilhelmsplatz 16.

Ein Lehrling,
der die Zuckerwaaren-Fabrik
erlernen will, findet sofort
Stell. bei

Samuel Kantorowicz jun.
Breitestr. 10.

Einen tüchtigen, der deut-
schen u. polnischen Sprache
mächtigen, älteren Gehilfen
engagiren sofort

Gebr. Andersch.

Zwei Lehrlinge
werden für unser Manufaktur- und
Modewaren-Engros. und Endetail-
Geschäft zum sofortigen Antritt ver-
langt.

H. Skotzky Söhne,
Gnesen, Markt Nr. 41.

Erdarbeiter
finden Beschäftigung auf **Bahnhof**-
umbau Löbau in Sachsen bei

(H. 31489 b.) Unternehmer **Philipp.**

Ein Gutsverwalter,

altkatholisch, der deutschen Sprache
vollständig mächtig, mit guten Beug-
nissen verlehen, welcher deutsche Gein-
nungen hat und wegen Nebenstimmung
mit den kirchlichen Maigkeiten
seine bisherige Stellung bei polnischen
Herrschaften verlassen mußte, sucht vom
1. Juli c. oder sofort — nur bei einer
deutschen Herrschaft — Anstellung.
Gefällige Offerten werden erbeten, in
der Exped. d. Blattes unter **A. B. C.**
niederzulegen.

Ein Landwirth mit allen Zweigen der
Landwirtschaft vertraut, sucht v. 1. Juli
c. ab oder später eine dauernde selbst
ständige Stellung als Oberleiter eines
größeren Güterverbandes in oder außer-
halb der Provinz; gef. Offerten erbeten
in der Exped. der Posener Zeitung.

1 Wirthschafterin, beider Lan-
desprachen mächtig und **1 Amme**
find zu vermieten. Zeugnis gut. Näch-
eres beim Kommissär **Kozłowski**
Mühlenstr. 38.

Ein tüchtiger

Raufmann,

hauptsächlich in der Eisenbranche be-
wandert, sucht v. 1. Juli eine ange-
messene Stellung. Vorzugswise würde
der selbe reflektieren auf die selbständige
Leitung eines Zweiggeschäfts. Adr. pr.
E. G. Posen postlagernd.

Ein evang. Hauslehrer wird gesucht
z. sofort. Antw. v. 1. Juli. Meld.
b. Sommer. Posen, Bischerei 4

Ein Landwirth, Mitte Zwanziger,
auf größeren Gütern thätig und gestützt
auf gute Zeugnisse, sucht sofort
Stellung. Nähre Auskunft erhält
gern **J. Jeschke**, Lehrer in Kutschau
bei Schwiebus.

Ein mit guten Zeugnissen versehener
Biegelmeister, dem die besten Re-
kommandaturen darüber zu zutrauen,
sucht Stellung vom 1. Mai od. sofort.

Näheres bei **German,**
Sucklas, pr. Posen.

Verloren!

Am Dienstage eine goldene Brosche
mit schwarz Emalle und weißen Per-
len verziert. Den ehlichen Kinder bit-
tet gegen Belohnung abzugeben.

Jordan.

Eine Brosche von mattem Golde,
blattförmig, ist verloren worden. Ab-
zugeben gegen Belohnung in dem Ma-
terialwarengeschäft v. Unruh, Halb-
dorfstraße.

Eine Brosche von mattem Golde,
blattförmig, ist verloren worden. Ab-
zugeben gegen Belohnung in dem Ma-
terialwarengeschäft v. Unruh, Halb-
dorfstraße.

Geboren: Ein Sohn: Hrn.
Landrabbiner Dr. Gustav in Oldenburg.
Graf August Eulenburg in Berlin.
Hauptmann Stelzer in Spandau. Pa-
stor Hanse in Briesel. Hauptmann Ul-
rich in Fulda. Carl Lampe in Wars-
chau. Hrn. v. Brieske-Kennig in
Kemnitz. Pastor Adam in Hochkirch b.
Treibnitz. R. Strumpf. Martin Koeh-
ler in Berlin. Dr. H. Hohnhorst in
Potsdam. Zwei Söhne: Hrn. Buch-
bändler Rud. Hartmann in Leipzig.
Eine Tochter: Hrn. Georg Freiherr v.
Masenbach in Pinne. Pastor Fried-
rich Kunsemüller in Brakweide. Regie-
rungsassessor Carl Wede in Bremen.
Prem. Lieutenant Bach in Coblenz.
Staatsanwalt Stadtländer in Bremen.
Amtmann R. Neithardt in Friedri-
chshof bei Wriezen.

Gestorben: Hrn. Max Krell Sohn
Fritz in Charlottenburg. Frau Ober